tarantel Nr. 27

Vierteljahreszeitschrift der Ökologischen Plattform bei der PDS **Januar 2005**

Workshop der Ökologischen Plattform
„Sozialismus ist eine Bewegung ... gegen die Ausplünderung der Natur"
(13.11.2004 Berlin)

Inhaltsverzeichnis

Zur Katastrophe im Indik 1
Manfred Wolf

Beratung des Koordinierungsrates der ÖPF bei der PDS am 04.12.2004 1
Helga Klawikowski

Workshop der Ökologischen Plattform „Sozialismus ist eine Bewegung ... gegen die Ausplünderung der Natur" (13.11.2004 Berlin) 2

Rede von Wolfgang Methling 2

Rede von Saral Sakar 8

Aus der Diskussion 13
Zusammenfassung von Manfred Wolf und Detlef Franek

Vom Öko-Sein der Sozialisten - PDS verlor im Urteil der Bürger an umweltpolitischer Kompetenz 21
Jörg Staude (Neues Deutschland 03.01.2005)

Erklärung zum Tod des französischen Atomkraftgegners 23

Zum Zustand der Wälder 23

Böse Weihnachtsüberraschung - Waldschäden so hoch wie noch nie 23
Schutzgemeinschaft Deutscher Wald e. V. und Deutscher Naturschutzring (Presseinformation 08.12.2004)

„Der Straßenverkehr brummt und der Wald stirbt!" 24
Allianz pro Schiene (Presemitteilung 08.12.2004)

Erst stirbt der Wald, dann stirbt der Mensch 25
Idee: G. Bruns

Wissenswertes 26

Bücherecke 29

Termine 31

Kontakt:
Ökologische Plattform bei der PDS
Kleine Alexanderstr.28, 10178 Berlin
oekoplattform@pds-online.de
www.oekologische-plattform.de

Abb. auf der Titelseite:
Die älteste und stärkste der noch erhaltenen „1000jährigen Ivenacker Eichen" (Höhe: 35,5 m; Stammumfang: 10,96; Stammdurchmesser: 3,49; Holzvolumen: ca. 180 Festmeter)

Editorial

Liebe Leserinnen und Leser,

Die vorliegende Ausgabe, die eigentlich noch zum 4. Quartal 2004 gehört, aus Zeitgründen bei den Herstellern aber nicht eher fertig wurde, ist in erster Linie der Dokumentation des Workshops vom November gewidmet. Der Workshop stand unter dem Thema einer These im Programm der PDS: „Sozialismus ist eine Bewegung ... gegen die Ausplünderung der Natur.
Wolfgang Methling und Saral Sarkar hielten vor mehr als 50 Teilnehmern ihre Einführungsvorträge. Sie sind nach redaktioneller Durchsicht durch die Redner vollständig dokumentiert worden. Die Diskussion ist etwas gestrafft, aber ohne dabei die wesentlichen Aussagen der an ihr Beteiligten zu übergehen, wiedergegeben.

Natürlich wird sich eine Debatte zu einem Thema wie diesem auch grundsätzlich mit der Frage beschäftigen müssen, welches aus der Sicht einer sozialistischen Partei der kürzeste und sicherste Weg zu ökologisch und sozial zukunftsfähigen gesellschaftlichen Verhältnissen ist. Das ist auf dem Workshop wiederholt - aber auch kontrovers - geschehen, denn es ist ebenso natürlich, dass die Patentlösung heute keiner hat, und wenn sie dann jemand hätte, dafür Verbündete gesucht, also gesellschaftliche Kräfteverhältnisse geschaffen werden müssten. Das dauert möglicherweise länger, als es die ökologische Krisensituation erlaubt. Und darin besteht eben das Problem.
Aus dieser, ökologischen, Sicht konnten dem Programm der PDS auch keine durchgehend positiven Noten gegeben werden.
Einig waren sich wohl die meisten Anwesenden in der Ansicht, dass der Weg in eine ökologisch und sozial nachhaltige Gesellschaft nur über einen erheblich reduzierten Verbrauch von Energie und Ressourcen führt und dass für diesen Weg die auf Wirtschaftswachstum fixierte kapitalistische Marktwirtschaft eine denkbar ungeeignete gesellschaftliche Ordnung darstellt.
Die Ökologische Plattform bedankt sich bei Wolfgang Methling und Saral Sarkar für ihre mit großem Interesse aufgenommenen Beiträge auf dieser Veranstaltung.

Manfred Wolf

Redaktion für diese Ausgabe: Manfred Wolf, Detlef Franek

Zur Katastrophe im Indik

Manfred Wolf

Es muss wohl niemand erst betonen, wie tief die von den Medien gelieferten Bilder und Fakten von den Schreckensereignissen die Gemüter bewegen. Auch unsere. Je mehr wir aber in die Lage kommen, rational zu denken, tun sich doch auch einige Fragen auf, die in den Medien bisher so gut wie unbelichtet blieben (Ausnahmen wie ND bestätigen die Regel).
Erd- und Seebeben gehören inzwischen zu den wenigen Arten von Naturkatastrophen, für die der Mensch zunächst mal keine Verantwortung trägt. Das drängt in unseren Breiten Schuldgefühle zurück und erleichtert die Berichterstattung. Aber schon wenn es um die Auswirkungen geht, dürfte es erheblich anders sein.
Noch vor wenigen Jahrzehnten sahen die Küsten und Strände in der betroffenen Region anders aus. Mangrovenwälder konnten zwar nicht alles verhindern, aber sicher weite Gebiete vor den verheerendsten Auswirkungen schützen. Heute haben sich dort die reichen Schichten der reichen Länder der Welt Ferienparadiese aufgebaut. Die Bevölkerung dieser Länder, deren Jahrhunderte währende Wirtschaftsstrukturen wie auch ihr urwüchsiges Verhältnis zur Natur immer mehr zerstört werden, wird, um weiter zu leben, gezwungen, diesen reichen Teilen der Welt dienstbar zu sein. In echt kapitalistischer Manier bleibt dabei die Sicherheit der Menschen weitgehend auf der Strecke. Die vielen Toten mussten die Geldgier der Tourismusindustrie mit ihrem Leben, viele weitere mit ihrer Gesundheit und ihrem Eigentum bezahlen.
Wirtschaft, Regierung, Organisationen und Medien in Deutschland appellieren an die Spendenbereitschaft der Bevölkerung. Dabei ist es so manchem nicht peinlich, auch den Ärmsten, wie den ALG-II-Empfängern zu sagen, wie gut es ihnen in unserem „Sozialstaat“ im Verhältnis zu den Menschen dort geht. Ja es scheint, als käme ihnen die Katastrophe gerade zur rechten Zeit, um weitere Proteste gegen den Sozialabbau als völlig unberechtigt erscheinen zu lassen.
Um Fehlschlüssen vorzubeugen: Wir, das sind die MitstreiterInnen der Ökologischen Plattform, haben große Achtung für die Spendenbereitschaft der Menschen. Viele von uns gehören selbst zu den Spendern. Wir freuen uns auch über den Betrag, den die Bundesregierung zur Verfügung stellt, und halten das alles für eine selbstverständliche humanistische Pflicht. Wir freuen uns über jede Million, über jeden Euro, der noch mehr hereinkommt. Wir haben aber große Vorbehalte, wenn diese Hilfsaktionen schließlich in ein allgemeines „weiter so“, nur noch großartiger und umweltschädlicher als bisher, münden. Niemand soll sich Illusionen darüber machen, dass gerade dieses von den reichen Ländern nicht beabsichtigt ist. Ein deutscher Außenminister, der vielleicht auch mal ökologische Visionen hatte, jedenfalls immer noch für die Grüne Partei in der Bundesregierung sitzt, meinte bei seinem Besuch in der betroffenen Region, dass es jetzt darum ginge, schnell wieder aufzubauen, um den für diese Länder so wichtigen Tourismus wieder in Gang zu bringen. Für die relativ wenigen, die meinen, ihren Urlaub am anderen Ende der Welt verbringen zu müssen, soll sich also nichts ändern. Sie dürfen sogar noch mehr glauben, dass sie den Ländern und Menschen dort damit helfen. Die nächsten Jahrzehnte könnten ihnen vielleicht scheinbar Recht geben, denn Tsunamis treten eben nicht jedes Jahr auf. Es ist so wie bei den Atomkraftwerken, wo es einen richtigen GAU bisher auch nur einmal gab. Aber wer weiß es genau? Die schleichende Zerstörung der Umwelt und einer selbsttragenden Wirtschaft der betroffenen Anrainerländer durch den globalen Tourismus geht indes weiter. Sollte der Minister nicht vielmehr darauf hinwirken, der Entwicklung nun eine andere, nachhaltige Richtung zu geben? Das wäre unsere Forderung. Umweltsicherheit wird nicht mit einem funktionierenden Warnsystem geschaffen.

Beratung des Koordinierungsrates der ÖPF bei der PDS am 04.12.2004

Helga Klawikowski

Entsprechend unserer Satzung traf sich der Koordinierungsrat zum vierten Male im Kalenderjahr 2004.

Manfred Wolf stellte im Arbeitsbericht u. a. fest:

- Die ÖPF hat an ihrer Aufgabe – PDS-orientiert, radikal-ökologisch wirksam zu werden – weitergearbeitet. Dazu diente

auch die konkrete inhaltliche Mitarbeit in der BAG.
- Vor allem dem Engagement von Prof. Götz Brandt ist es zu danken, dass sich die Systematik unserer Arbeit verbesserte.
- Noch nicht zufriedenstellend gelungen ist es uns:
  - Informationen über die Arbeit auf ökologischem Gebiet in den einzelnen Bundesländern zu erlangen bzw. in weiteren Ländern aktive Gruppen zu schaffen;
  - weitere aktive Mithelfer (einschließlich eines „Chefredakteurs“ für die „Tarantel") zu gewinnen;
  - Das Internet systematisch für die Öffentlichkeitsarbeit zu nutzen.
- Neu durchdacht werden muss unsererseits auch die inhaltliche Gestaltung von Bundestreffen und Workshops.

Rainer Gally legte den Finanzbericht 2004 vor. Dieser wurde vom Koordinierungsrat bestätigt.
Die Diskussion erfolgte zum vorgelegten Arbeitsbericht und zum Arbeitsplan 2005.
Folgendes wurde festgelegt:

1. Es muss angestrebt werden, die Mitarbeit und Kultur der Problemdiskussionen in der BAG weiter zu verbessern und zu diesem Zweck auch eine stärkere Verbindung zu den umweltpolitischen Sprechern in den Fraktionen der Länderparlamente herzustellen.
2. Eine Arbeitsgruppe ist zu bilden, die einen Umweltteil für das Wahlprogramm 2006 entwickelt. Ein Entwurf ist dem KORAT im April zur Diskussion vorzulegen, damit das Papier auf dem Bundestreffen der ÖPF im Juli 2005 verabschiedet werden kann. Reinhard Natke übernahm dafür die Federführung.
3. Zur der voraussichtlich im ersten Drittel des Jahres 2005 stattfindenden Bundesvorstandssitzung der PDS zu ökologischen Fragen wird unsererseits eine Konzeption zur Energiepolitik vorgelegt.
4. Nächste große Schwerpunkte unserer inhaltlichen Arbeit werden die Problemkreise „Wachstum oder Schrumpfen“ und „Verkehr“ sein.
5. Es wird angestrebt, zu ökologischen Schwerpunktthemen zweimal im Jahr eine Broschüre herauszugeben, die den Gliederungen der PDS helfen soll, die ökologische Problematik besser zu verstehen und in ihre politische Arbeit einzubeziehen. Es soll damit geholfen werden, das Profil der PDS auch in der Öffentlichkeit stärker ökologisch auszuprägen.
6. Termine:
   - Beratungen des Koordinierungsrates: 09./10.04., 10.06, 17.09., 10.12.
   - Bundestreffen: 11./12.6.
   - Workshop: 12.11.

Workshop der Ökologischen Plattform „Sozialismus ist eine Bewegung ... gegen die Ausplünderung der Natur" (13.11.2004 Berlin)

Rede von Wolfgang Methling

Liebe Freunde der Natur und Umwelt, liebe Genossinnen und Genossen,
„Sozialismus ist ... eine Bewegung gegen die Ausplünderung der Natur“, so heißt es im vergangenes Jahr beschlossenen Parteiprogramm der PDS.
Ich bin froh, dass dieser Satz im Programm steht. Er markiert eine neue Qualität von umweltpolitischem Bewusstsein (zumindest den Anspruch) unserer Partei, wenn das auch noch lange nicht heißt, dass jedes PDS-Mitglied nicht nur „rot“, sondern auch „grün“ ist.
Der Satz entspricht ja auch einer wichtigen Schlussfolgerung, die wir aus der Geschichte der DDR ziehen mussten, aber glücklicherweise auch gezogen haben: Man kann zwar für die Umwelt arbeiten und sie schützen, ohne Sozialist zu sein, aber Sozialismus ohne Umweltbewusstsein und Umweltschutzwirklichkeit ist kein Sozialismus.
Und das ist auch völlig verständlich, wenn man sich vor Augen führt, dass Naturzerstörung, Arbeitsplatzvernichtung und sozialer Niedergang dieselbe Ursache haben:
Eine Wirtschaft, die sich selbst genügt, die die Natur und die Menschen als frei verfügbare Güter betrachtet, welche sich beliebig ausbeuten, manipulieren und substituieren lassen.
Will die Menschheit eine Zukunft haben, muss aber das freie Agieren der Marktkräfte begrenzt werden, wo irreversible Schäden an Natur und Gesellschaft das Ergebnis wären. Und das muss schon heute geschehen, wenn wir noch keine sozialistische Gesellschaft haben.
Eine meiner Erfahrungen besagt aber auch, dass Verständnis insbesondere für Natur- und Umweltschutz nur dann vorhanden ist, wenn

wirtschaftliche, soziale und kulturelle Aspekte der Entwicklung nicht vergessen werden.
Streng ökologisches Handeln ohne soziale und wirtschaftliche Akzeptanz führt genauso in die Sackgasse, weil damit Widerstände erzeugt werden, die Umwelt- und Naturschutz eher schaden als nützen.
Diese zwei Seiten – die die PDS als soziale und ökologische Dimension von Gerechtigkeit definiert, sind mir außerordentlich wichtig.

- Gerecht ist, wenn wir dafür sorgen, dass unsere Kinder, Enkel und Urenkel ebenso wie ihre Altersgefährten der ganzen Welt sauberes Wasser zum Trinken, gesunde Luft zum Atmen und gesunde Nahrungsmittel zum Essen haben, wenn sie in einer intakten Natur ihr Leben gestalten können.
- Gerecht ist, wenn wir Wirtschaftspolitik nicht auf Kosten der Natur führen, sondern Natur- und Umweltschutz, Umwelttechnik, Forschung und Technologie als Wirtschaftsfaktoren begreifen und dadurch zukunftsfähige Arbeitsplätze schaffen und sichern.
- Gerecht ist, wenn wir bis zum Jahr 2020 in Mecklenburg-Vorpommern unseren Energiebedarf zu 100 % aus erneuerbaren Energien decken. Damit leisten wir unseren Beitrag, das Klima zu schützen und Kriegen um Erdöl und Erdgas die Grundlage zu entziehen.
- Gerecht ist auch, wenn wir nicht zulassen, dass Umwelt und naturnaher Tourismus durch das geplante „Bombodrom“ in der Kyritz-Ruppiner-Heide zerstört werden.

Weiteres ließe sich hinzufügen.
Diese Auffassung von Gerechtigkeit kann ich wiederfinden im Konzept der Nachhaltigkeit, das ich als Gleichklang von Ökologischem, Ökonomischem und Sozialem verstehe.
Ich weiß, dass mancher unter euch das Konzept der Nachhaltigkeit als „Trojanisches Pferd“ betrachtet, mit dem die Wirtschaft die Legitimation zur weiteren Ausplünderung der Natur erhalten hat.
Ich sehe das nicht so, weil das Denken und Handeln von Ökologen komplexe Zusammenhänge berücksichtigen und nutzen muss.
Ich sehe das auch deshalb nicht so, weil wir für die Implikation von ökologischem Denken und Handeln gesellschaftliche Mehrheiten brauchen. Und die schaffen wir uns, wenn wir Verbündete gewinnen.
Übrigens ist die Ökologie ja die (Natur-)Haushaltslehre. Ökologie ist Langzeitökonomie.
Liebe Freunde und Genossen,
ich bin seit sechs Jahren Minister und stelle mir jeden Tag die Frage, was ich bereits im Kapitalismus gegen die Ausplünderung der Natur tun kann. Regierungsbeteiligung ist unter den Linken umstritten. Sie ist eine Möglichkeit, kein Dogma. Wir haben stets konkret zu entscheiden, ob diese Möglichkeit uns zu neuen Ufern führen kann oder nicht.
Es ist jedoch völlig klar: Durch Regierungsbeteiligungen entstehen keine quasi sozialistischen Enklaven oder Oasen in Deutschland.
Nein, wir sind weiter im Kapitalismus, versuchen aber, Chancen zu nutzen. Darüber haben wir u. a. gestern in einer Veranstaltung der Rosa-Luxemburg-Stiftung in Schwerin diskutiert.
Wenn ich jetzt einige Ergebnisse der Umweltpolitik in Mecklenburg- Vorpommern benenne, tue ich das genau in diesem Bewusstsein, aber auch in der Hoffnung, dass Positives in der Umweltpolitik Mecklenburg-Vorpommerns, seit die PDS dort mitregiert, erkannt wird, dass genutzte Chancen und Grenzen wahrgenommen werden.
Im Übrigen hat Marko Ferst, den ihr ja alle kennt, eine sehr kritische Analyse der Umweltpolitik in Mecklenburg-Vorpommern seit 1998 vorgenommen. Trotzdem oder gerade deshalb empfinde ich zahlreiche seiner Bewertungen als großes Lob und auch Bestätigung für unsere Arbeit.
Mir ist völlig klar, dass Umweltverbände - auch die Ökologische Plattform - mehr erreichen wollen, als ich erfüllen kann. Auch ich selbst möchte schneller viel mehr erreichen.
Meistens ist es eine schwierige Gratwanderung zwischen den verschiedensten, sich oftmals konträr gegenüberstehenden, Interessengruppen.
Es nützt aber gar nichts, darüber zu jammern. Ich muss damit umgehen - als Umweltminister und Sozialist.
Die Frage, die sich letztlich stellt, ist die, ob diese zugegebenermaßen manchmal nur kleinen Schritte - gemessen an den globalen Herausforderungen – aber wenigstens Schritte zu einer ökologisch und sozial gerechten Gesellschaft sind, also eine Brücke zwischen heute und morgen darstellen.
Liebe Freunde und Genossen,
Nachhaltigkeit erfordert komplexe Herangehensweisen.
In Zeiten wirtschaftlicher Probleme und krisenhafter Entwicklungen – wie wir sie in Mecklenburg-Vorpommern haben – ist das Schauen über den Tellerrand, d. h. auch die Ressortgrenzen zu überschreiten, schwer.
Umwelt- und Naturschutz werden oft als Buhmann des Verhinderers wirtschaftlicher Entwicklung aufgebaut. Menschen, die durch drohenden oder wirklichen Arbeitsplatzverlust Angst um ihre Existenz haben, ist es zunächst einmal ziemlich egal, ob der Lebensraum von Fledermäusen oder Rotbauchunken erhalten bleibt. Sie haben auch kein Verständnis dafür,

dass eine Autobahn wegen eines Vogelschutzgebietes nicht gebaut werden kann.
Marx und Engels hatten recht: Der Mensch muss erst essen, sich kleiden und ein Dach über dem Kopf haben, erst dann beschäftigt er sich mit Politik.
Meine Arbeit ist darauf gerichtet, die Überzeugung zu verbreiten, dass wir sowohl die Fledermaus, die Rotbauchunke, den Vogelschutz als auch soziale Sicherheit lebensnotwendig brauchen.
Nachhaltigkeit, insbesondere der Agenda 21-Prozess schließt noch einen weiteren Aspekt ein: die Partizipation, d. h. Bürgerinnen und Bürger, Vereine, Verbände und Initiativen sollen die Möglichkeit erhalten und nutzen, sich an der Gestaltung ihres Lebensumfeldes zu beteiligen - von der Ideenfindung über die Planung bis zur Verwirklichung.
Das klingt leicht, ist aber sehr schwer. Es gibt jedoch keinen anderen Weg. Schon gar nicht für Sozialisten, die eine emanzipatorische Gesellschaft wollen.
In kaum einem anderen Bundesland sind eine erfolgreiche wirtschaftliche Entwicklung und die damit verbundenen positiven sozialen Auswirkungen so eng mit einer intakten Umwelt verknüpft, wie in Mecklenburg-Vorpommern.
Darauf gründet sich auch mein Optimismus, dass es gelingen wird, Nachhaltigkeit im beschriebenen Sinne zu verankern.
Wir sind dabei unter Federführung des Umweltministeriums ein Leitbild der nachhaltigen Entwicklung, eine Landes-Agenda 21,zu erarbeiten.
Im Herbst werden wir ein erstes Zwischenergebnis im Kabinett vorlegen.
Wir haben dafür vor allem im Umweltministerium eine intensive Vorarbeit geleistet.
Im Jahr 2001 habe ich eine „Umweltallianz Mecklenburg- Vorpommern“ mit der Wirtschaft initiiert. Auch der Wirtschaftsminister und verschiedene Institutionen und Vereinigungen der Wirtschaft haben sie unterzeichnet. Wir haben seit 2002 eine Umweltallianz mit der Landwirtschaft. Und nicht zuletzt gibt es im Land inzwischen 200 Agenda 21-Beschlüsse von Gemeinden und Regionen, an der Grenze zu Polen sogar eine Agenda 21 über die Staatsgrenze hinweg.
Das ist eine Erfolgsgeschichte, an der wir weiter schreiben müssen. Regionen können auch mit Hilfe dieses Instruments ihre Entwicklung weitgehend selbst in die Hand nehmen und selbst bestimmen.
Das Biosphärenreservat Schaalsee ist so ein Beispiel. Das Ziel, diesen bedeutenden Naturraum zu schützen und zu erhalten, wird auch dadurch erreicht, dass unter der Überschrift „Jobmotor“ 20 Existenzgründer mit ihrer wirtschaftlichen Tätigkeit zur Erreichung des Ziels beitragen. Arbeitsplätze sind damit geschaffen worden, eine gute Voraussetzung dafür, dass sich die Menschen mit ihrer Region identifizieren.
Das Biosphärenreservat Schalsee bildete quasi einen Versuchsraum, eine Modellregion, in der gezeigt werden konnte, dass man dort nicht nur auch wirtschaften kann, ohne die ökologischen und sozialen Systeme übermäßig zu belasten. Die Natur zu schützen, ist sogar die Grundlage wirtschaftlicher Tätigkeit. Mit anderen Worten - mit Umwelt- und Naturschutz kann man sogar Geld verdienen. Dieses Entwicklungskonzept auf andere Regionen zu übertragen, ist auf Rügen bereits gelungen.
Liebe Freunde und Genossen,
eine Schlüsselstellung für weitere Fortschritte im Natur- und Umweltschutz nimmt die Herausbildung entsprechender Überzeugungen bei Kindern und Jugendlichen ein. Umweltbildung spielt dabei eine zentrale Rolle.
Seit 1996 gilt in Mecklenburg-Vorpommern der Erlass zur Umweltbildung an den allgemein bildenden Schulen. In den Landkreisen arbeiten an den Schulen berufene Umweltberatungslehrer. Seit Januar 2001 liegt die Richtlinie zur Umweltbildung und -erziehung aus der Sicht einer nachhaltigen Entwicklung als Verwaltungsvorschrift vor.
Noch nicht weitergekommen sind wir bei der von manchen gewünschten Einrichtung eines Unterrichtsfachs „Umwelt- und Naturschutz“. Dafür gibt es eine ganze Reihe von Gründen, u. a. die zur Zeit leider fehlenden finanziellen Ressourcen. Wenn es aber gelänge, den Gedanken der Nachhaltigkeit dem Ansatz entsprechend übergreifend in fast alle Fächer zu integrieren, bräuchten wir gar kein Extrafach. Ich halte das ohnehin für die bessere Konzeption.
Eine auf Nachhaltigkeit gerichtete naturwissenschaftliche Grundbildung, praktischer Anschauungsunterricht in der Natur, unterstützt von den vielen Freiwilligen der Natur- und Umweltverbände und anderer Partner sollen im Ergebnis zu naturverträglicher und sozialer Handlungskompetenz führen. Der hohe Stellenwert, den Natur- und Umweltschutz in der Werteskala von Jugendlichen haben, bietet dafür günstige Voraussetzungen.
Hieran schließt sich nahtlos die durch das Umweltministerium geschaffene Möglichkeit des Freiwilligen Ökologischen Jahres an. Die rot-rote Koalition hat die Zahl der FÖJ-Plätze von 80 auf 132 erhöht. Bereits zum heutigen Zeitpunkt ist eine Auslastung der 132 Plätze bis über das Jahr 2005 hinaus erkennbar. Für das jetzt gestartete Projektjahr ist geplant,

dass deutsche Jugendliche ihr Freiwilliges Ökologisches Jahr auch im Ausland absolvieren können. Kooperationsvereinbarungen bestehen mit der Republik Polen und mit Estland, die jedoch weiterer Anstrengungen bedürfen.
Ein ganz besonderes Anliegen ist für mich der Klimaschutz.
Zur Zeit wird das Klimaschutzkonzept der Landesregierung zu einem ressortübergreifenden Aktionsplan „Klimaschutz“ fortgeschrieben. Im April 2003 fand dazu die konstituierende Sitzung der Interministeriellen Arbeitsgruppe „Klimaschutz“ statt. Viele Punkte der Koalitionsvereinbarung und deren Umsetzung stehen im Bezug zum Klimaschutz. An der Gestaltung des Aktionsplanes sollen alle gesellschaftlichen Kräfte des Landes aktiv mitwirken.
Ein Schwerpunkt ist dabei das Moorschutzkonzept, das sowohl dem Boden-, Gewässer-, Klima-, Naturschutz als auch dem Schutz der Bauern dient.
Die Förderung von Maßnahmen zum Schutz und zur Entwicklung von Mooren hat in Mecklenburg-Vorpommern einen hohen Stellenwert. Das seit dem Jahr 2000 laufende Programm wird auf der Basis einer freiwilligen Teilnahme der Flächeneigentümer und –nutzer fortgeführt.
Über 7000 ha konnten bereits zur Wiedervernässung gewonnen werden. Mit der Einführung der neuen europäischen Agrarpolitik steht das Konzept vor neuen Herausforderungen, die es zu meistern gilt.
Unser Beitrag zum Klimaschutz durch die Erhöhung des Anteils der erneuerbaren Energien sowohl am Verbrauch (19 %) als auch bei der Produktion (26,1 %) ist eine wirkliche Erfolgsgeschichte. Mecklenburg-Vorpommern könnte sich eigentlich zu 100 % aus regenerativen Energien versorgen. Aber bis dahin ist noch ein Stück Weg zu gehen.
Die Landesregierung Mecklenburg-Vorpommern (vor allem das Umweltministerium) hatte eine Bundesratinitiative mit dem Ziel ergriffen, bei der Novellierung des Erneuerbare- Energien- Gesetzes, eine Ausgleichzahlung in dem Gesetz zu verankern, sobald die Wärmeerzeugung in Heizkraftwerken auf Basis erneuerbarer Energien erfolgt. Damit haben wir das Ziel erreicht, dass durch die Zahlung dieses Wärmebonus eine Gleichstellung der Wärmeerzeugung mit der Stromerzeugung durch das Erneuerbare-Energie-Gesetz erfolgt. Die darauf erfolgte abschließende Beratung im Bundesrat ergab im wesentlichen Zustimmung zur angestrebten Novellierung. Seit August dieses Jahres ist die Novellierung des Gesetzes in Kraft.
Als konsequente Fortsetzung dieses Weges wird die Forschung und Entwicklung und Anwendung erneuerbarer Energien, insbesondere in den Bereichen Solarenergie, Biomasse, Geothermie und Brennstoffzellentechnik, aktiv unterstützt. Durch das Umweltministerium erfolgt beispielsweise die Umsetzung von Pilotprojekten durch die Förderung über die Klimaschutz-Richtlinie. Konkrete Beispiele dieser Umsetzung und Förderung sind das Wasserstoffprojekt Barth und die Errichtung des Solarzentrums Mecklenburg-Vorpommern in Wietow.
Im Naturschutz, dem Schutz der Biodiversität war ein weiterer wesentlicher Gegenstand unserer Arbeit in den letzten Jahren die Umsetzung der europäischen FFH-Richtlinie. Wie kein anderes Land der Bundesrepublik haben wir die Öffentlichkeit beteiligt. Dabei haben wir nicht nur Beifall geerntet, um es sehr vorsichtig auszudrücken. Letztlich hat die Landesregierung nach harten Auseinandersetzungen - insbesondere mit dem Landwirtschafts- und Wirtschaftsministerium - die FFH-Gebietskulisse beschlossen. In Mecklenburg-Vorpommern sind das insgesamt 231 Gebiete mit einer Fläche von 468850 ha. In dieser Meldung sind noch nicht die Meeresgebiete in der 12-Seemeilenzone des Landes außerhalb der unmittelbaren Küstengewässer enthalten. Die Auswahl dieser Gebiete soll im Winterhalbjahr 2004/2005 als eigenständiger Meldeprozess abgeschlossen werden.
Das Netz NATURA 2000 dient letztlich dazu, ein Sicherungssystem für Europas Natur und Landschaft, für die dauerhafte Erhaltung von Lebensräumen und Arten in die Praxis einzuführen.
Das Vorhandensein von zusammenhängenden, nicht zuallererst der wirtschaftlichen Ausbeutung unterliegenden Gebieten ist für uns Menschen von enormer Bedeutung. Wir suchen solche Gebiete auf, um uns zu erholen, zu besinnen und um ein Gegengewicht zu unserem meist „naturfernen“ Alltag zu spüren. Und das Naturschutz und Geldverdienen längst keine Gegensätze mehr sind, habe ich bereits gesagt.
Damit bin ich beim Thema Tourismus, der von erheblicher Bedeutung für Mecklenburg-Vorpommerns ist. Unser Bundesland kann auch in diesem Jahr hohe Auslastungs- und Besucherzahlen verbuchen, auch wenn die Zahlen aus dem Supersommer 2003 nicht erreicht werden konnten. Im Sommer 2003 war Mecklenburg-Vorpommern mit mehr als 20 % aller Inlandsreisen das bevorzugte Ferienziel in Deutschland. Besonders die Großschutzgebiete sind zwischenzeitlich zu einem Qualitätssynonym im nationalen Tourismusgeschäft geworden.
In Mecklenburg- Vorpommern hat sich seit der

Wiedervereinigung die Zahl der Großschutzgebiete stetig erhöht. Im Rückblick wurden durch das Nationalparkprogramm die Nationalparke Müritz, Vorpommersche Boddenlandschaft und Jasmund, das Biosphärenreservat Südost-Rügen und der Naturpark Schaalsee ausgewiesen. Fünf weitere Naturparke (Elbtal, Nossentiner/Schwintzer Heide, Usedom, Feldberger Seenlandschaft und Mecklenburger Schweiz/Kummerower See) wurden festgesetzt. Im nächsten Jahr sollen noch zwei weitere, das Sternberger Seenland und die Ueckermünder Heide (am Stettiner Haff) ausgewiesen werden.
Obwohl die Großschutzgebiete zusammen nur knapp 20 % der Landesfläche und ca. 12 % der Bevölkerung umfassen, sind in diesen Gebieten fast 50 % aller gewerblichen Bettenkapazitäten von Mecklenburg-Vorpommern vorhanden, und die Tourismusbranche erwirtschaftet hier die Hälfte ihres Umsatzes.
Wie gesagt, das Verhältnis zwischen Wirtschaft und Naturschutz ist nicht konfliktfrei.
Trotzdem kann ich sagen, dass die Skepsis der ersten Jahre gegenüber Umwelt- und Naturschutz in den Tourismusregionen weitgehend überwunden werden konnte und seine Bedeutung für den Fremdenverkehr angesichts der steigenden Besucherzahlen inzwischen weitgehend anerkannt wird.
Das einhellige Engagement des Landes, von der Regierung über den Landtag, Verbände und Bürgerinitiativen, kommunale Körperschaften bis zur Wirtschaft, gegen die Wiederinbetriebnahme des Bombodroms in der Kyritz-Ruppiner-Heide, ist ein deutlicher Beleg dafür.
Nebenbei – ohne die PDS in der Regierung Mecklenburg-Vorpommerns, gäbe es keine Klage des Landes gegen das Bundesverteidigungsministerium. Und ich bin auch so vermessen zu sagen, dass es dann auch keine Ablehnung durch Brandenburg gäbe. Die SPD will das Bombodrom zwar auch nicht, aber so weit würde sie ohne den Druck, den wir in Regierung und Opposition aufgemacht haben nicht gehen.
Die Großschutzgebiete sind der Schlüssel zu wirtschaftlicher Entwicklung und Steigerung der Lebensqualität in den Regionen.
Mancherorts stellen die Besucherströme allerdings bereits eine Belastung von hochsensiblen Naturlandschaften dar, so beispielsweise östlich der Müritz. Hier einen Einklang mit dem Naturschutz zu gewährleisten, wird eine große Herausforderung für uns werden.
Liebe Freunde und Genossen,
Mecklenburg-Vorpommern ist dabei, für den öffentlichen und privaten Bereich eine zukunftsfähige Abfallwirtschaftspolitik umzusetzen und ausreichende Vorbehandlungskapazitäten für Siedlungsabfälle gemäß der Abfallablagerungsverordnung bereit zu stellen. Die Deponierung nicht vorbehandelter Abfälle ist ab dem 1. Januar 2005 nicht mehr zulässig. Durch die Ablagerungsverordnung wurde neben der thermischen auch die Möglichkeit der mechanisch-biologischen Abfallvorbehandlung eröffnet. Für unser Land wird ein Restabfallaufkommen in Höhe von 430000 t für das Jahr 2005 prognostiziert. Die Entsorgungssicherheit ist im Jahr 2005 gewährleistet. Auch wenn wir heute feststellen, dass noch nicht alle Probleme gelöst sind – Schwerin hat z. B. die Entscheidung, wo die Abfälle der Landeshauptstadt vorbehandelt und letztlich entsorgt werden sollen, noch nicht getroffen - zeigt sich bereits jetzt, dass mein Plan, möglichst dezentrale Lösungen in Mecklenburg-Vorpommern zu schaffen, richtig war. Die Mülltransportwege werden sich in vertretbaren Grenzen halten und die Wertschöpfung bleibt im Land.
Nur wenige Bemerkungen möchte ich zum Schutz des Wassers sowie den damit zusammenhängenden Bereichen wie mariner Umweltschutz, Schiffssicherheit, Küstenschutz und Abwasserbehandlung anfügen.
Die Überarbeitung des Landeswassergesetzes nach den Vorgaben der EU-Wasserrahmenrichtlinie befindet sich zurzeit in der Verbandsanhörung.
Die Wasserrahmenrichtlinie ist der Ordnungsrahmen für die europäische Wasserwirtschaft zum Schutz aller Gewässer mit dem Ziel, einen guten Zustand für alle Gewässer der EU innerhalb von 15 Jahren zu erreichen. Diese Ziele sollen durch eine flussgebietsbezogene Gewässerbewirtschaftung erreicht werden. Ausschlagsgebend sind somit nicht mehr Staatsgrenzen oder sonstige Verwaltungsgrenzen, sondern die Grenzen der hydrologischen Einzugsgebiete. Dies ist auch im Hinblick auf unsere neuen östlichen EU-Nachbarn von Bedeutung, insbesondere bei der zukünftigen wasserwirtschaftlichen Zusammenarbeit mit unserem Nachbarn Polen. Zu den Gewässern, die künftig gemeinsam zu bewirtschaften sind, zählen neben der Oder die Küstengewässer und auch das Grundwasser.
Wasser und Abwasser sind wie in anderen Bundesländern auch bei uns Themen, die die Bürgerinnen und Bürger im ländlichen Raum ganz besonders bewegen. Ich bin ständig im Gespräch mit Bürgerinitiativen, weil wir einerseits den gesetzlichen Vorgaben entsprechen müssen, andererseits aber daraus erwachsende finanzielle Belastungen der Bürgerinnen und Bürger an Grenzen stoßen. In manchen Fällen kommt nun zu den Existenzängsten aufgrund von Arbeitslosigkeit die Angst vor Verlust des Eigenheims hinzu. Diese Fragen

sind in erster Linie Aufgaben der kommunalen Selbstverwaltung. Manchmal wird von mir erwartet, dass ich aufgrund meines sozialen Gewissens vor Ort getroffene Entscheidungen korrigiere. Das kann und will ich nicht. Aber ich führe unzählige Gespräche mit Behörden und Bürgerinitiativen, um Kommunikation zu befördern, für die Bürger verträgliche Lösungen zu finden. Nicht im stillen Kämmerlein der Behörde der Informationspflicht Genüge zu tun, in dem an zwei Tagen Pläne ausgelegt werden und dann ja jeder kommen kann, sondern zu den Bürgerinnen und Bürgern hin zu gehen, sie wirklich einzubeziehen und nicht erst dann, wenn alles entschieden ist – das ist bürgernahes partizipatives politisches und Verwaltungshandeln. Manchmal haben meine Bemühungen Erfolg, manchmal nicht.

Aber noch etwas konnte ich tun.

Im Rahmen der kommunalen Selbstverwaltung entscheiden die kommunalen Körperschaften auch über die stärkere Zulassung und Errichtung von dezentralen Abwasseranlagen. Wir haben die Fördersumme für Kleinkläranlagen auf 1500 € erhöht. Wir haben erreicht, dass die Wasser-/Abwasser-Zweckverbände selbst Informationstage über Möglichkeiten dezentraler Abwasserentsorgung durchführen. Die vorliegenden Anmeldungen bei den Landkreisen belegen, dass diese Möglichkeit stark nachgefragt wird.

Liebe Freunde und Genossen,

Mecklenburg-Vorpommern liegt an der Ostsee, sie ist Teil der einmaligen Natur unseres Bundeslandes. Es ist daher selbstverständlich, dass wir ein besonderes Augenmerk auf die Verbesserung der Schiffssicherheit in der besonders sensiblen Kadetrinne richten.

Bedauerlicherweise musste es erst zur Katastrophe mit der „Prestige“ vor der spanischen Küste kommen, damit das Problem auch in der EU mit bedeutend mehr Nachdruck behandelt wurde und wird.

Zwischen den Ostseeanrainern Mecklenburg-Vorpommern, Schleswig-Holstein, den skandinavischen und baltischen Staaten sowie Polen besteht eine enge Zusammenarbeit beim sicheren Gefahrguttransport auf der Ostsee. Forderungen, die die Landesregierung Mecklenburg-Vorpommerns, insbesondere der Umweltminister, seit langem stellt, sind zum Teil heute Standard in der EU und werden auch gegenüber der IMO deutlicher und drängender erhoben.

- schnellstmögliche Außerdienststellung von Einhüllentankern
- Verkleinerung der Tanks
- verschärfte Kontrollen von über 15 Jahre alten Tankern
- Veröffentlichung einer „Schwarzen Liste“ auffälliger Schiffe
- Schaffung eines Netzes von Nothäfen
- Einführung der Lotsenpflicht in schwierigen Fahrwassern der Ostsee

Entscheidend für die Schiffssicherheit in der Ostsee wird sein, wie schnell Russland in der Lage sein wird, sich den Forderungen unterzuordnen.

Liebe Freunde und Genossen,

in der Kürze der mir zur Verfügung stehenden Zeit habe ich einen Rundumschlag in Sachen Umwelt- und Naturschutz in Mecklenburg-Vorpommern versucht.

Und ich habe versucht, deutlich zu machen, dass ohne die PDS in der Regierung manches nicht gelungen wäre.

- Ich habe nichts gesagt zur Gentechnik, für die ich nicht zuständig bin, zu der ich aber eine Meinung habe.
- Ich habe nichts gesagt zu Verkehrsproblemen, die zwar auch nicht in mein Ressort gehören, aber Umwelt- und Naturschutz selbstverständlich berühren.
- Ich habe nichts gesagt zur Atompolitik, obwohl die sicher auch ganz anders aussähe ohne uns.
- Ich habe nichts gesagt zu Boden- und Immissionsschutz.
- Ich habe nichts gesagt zur Zusammenarbeit mit den Umwelt- und Wirtschaftsverbänden, die nicht immer mit mir zufrieden sind, meistens aber gute Partner.

Das „grüne“ Profil der PDS in Mecklenburg-Vorpommern ist geschärft worden. Das ist gut für die ganze Partei und das ganze Land. Dazu konnte ich beitragen und will das auch weiter tun.

Leider wird von vielen PDS-Mitgliedern und -Wählern die Umweltpolitik als unbedeutend für den Wählerwillen (und deshalb unbedeutend für die Politik der Partei) bewertet. Daran müssen wir noch arbeiten.

Sozialist sein, heißt für mich, Visionen und Ziele zu haben, die weit über das hinausgehen, was ich als Minister in einem kapitalistischen Land erreichen kann.

Ich gebe Saral Sarkar völlig recht, wenn er sagt, dass es im Kapitalismus keine dauerhaften Lösungen für die großen Krisen geben wird, dass wir dafür einen demokratischen Sozialismus brauchen.

Aber wie wollen wir den erreichen, wenn wir nicht alle Mittel nutzen, die uns die jetzige Gesellschaft bereits bietet? Das Wichtigste ist darunter, Mehrheiten zu gewinnen, Überzeugungen zu verankern – dann sind sie nachhaltig. Beteiligung an Landesregierungen gehört für mich dazu.

Ich danke für eure Aufmerksamkeit und wünsche dem Workshop einen guten Verlauf.

Rede von Saral Sakar

sprachlich redigiert und stellenweise gekürzt vom Autor, der Stil der freien Rede wurde jedoch beibehalten

Liebe Genossinnen und Genossen,
ich nenne euch Genossen und Genossinnen, obwohl ich kein PDS-Mitglied bin. Ich habe es einmal überlegt, der PDS beizutreten. Aber das konnte ich nicht – aus Gründen, die euch vielleicht klar werden, nachdem ich gesprochen habe.

Der Minister und die Partei der Sozialisten

Ich möchte zuerst darauf eingehen, was Herr Methling gesagt hat. Er hat gesagt, dass ein Sozialist mehr sein müsse als ein Minister in einer Regierung. Er müsse darüber hinausgehen, was ein Minister tun kann. Diese Meinung teile ich völlig. Und er hat gesagt, man müsse im Kapitalismus die Chancen nutzen. Auch damit bin ich völlig einverstanden. Aber ein Sozialist und ein Minister sind, was ihre Funktion anbelangt, auch verschiedene Wesen. Ein Minister ist ans Programm der Regierung gebunden, an der er als Vertreter des Juniorpartners beteiligt ist. Nicht aber ein Sozialist. Es ist schwierig, sowohl Sozialist als auch Minister zu sein, und deshalb habe ich viel Verständnis für Herrn Methling. Aber ihr seid nicht alle Minister, ihr seid auch nicht alle irgendwo Mitglied eines Parlaments, das den Fraktionszwang akzeptieren muss. Und die PDS als Partei ist nicht abhängig von einer PDS-Fraktion.
Ich habe die Geschichte der Revolutionen der Welt studiert. Ich weiß, dass die Bolschewiki damals ihr Programm nicht den Gegebenheiten der zaristischen Herrschaft angepasst hatten. Sie lebten unter den Zwängen des zaristischen Russland, trotzdem wollten sie nichts weniger als die Revolution. Und deshalb unterscheidet bitte zwischen den Zwängen, denen Herr Methling unterworfen ist, und den Freiheiten, die sich die PDS als Partei und ihre Mitglieder als Einzelne nehmen können. Herrn Methlings Bemühungen müssen wir respektieren. Aber das bedeutet nicht, dass alle, die hier versammelt sind – einfache Mitglieder der PDS, die PDS als Partei, die Aktivisten der sozialistischen und der Ökologie-Bewegung – dass sie alle da stecken bleiben müssen, wo die PDS als Juniorpartner in verschiedenen Regierungen stecken bleiben muss. Diese Unterscheidung zwischen der Partei PDS und der sozialistischen Bewegung auf der einen Seite und den Ministern und Fraktionen in einer Regierungskoalition auf der anderen, wo die PDS Juniorpartner ist, diese Unterscheidung müssen wir immer machen.
Herr Methling hat gesagt: Chancen nutzen. Aber: Chancen nutzen zu welchem Zweck? Sollen wir die Chancen nutzen, dem Kapitalismus einen Öko-Anstrich zu geben? Oder die Chancen nutzen, durch Regierungsbeteiligung innerhalb des Kapitalismus unserem Ziel ein bisschen näher zu kommen? Das ist sehr schwierig. Dem Kapitalismus einen Öko-Anstrich zu verpassen, ist viel leichter. So findet man viel Akzeptanz. Herr Methling hat auch von Akzeptanz gesprochen. Am Beginn seiner Rede hat er gesagt, es genügt nicht, dass wir revolutionäre Reden halten, wir müssen auch Akzeptanz in der Bevölkerung finden. Ich sehe das nicht ein. Es ist nicht die Aufgabe einer sozialistischen Partei, unbedingt Akzeptanz in der Bevölkerung zu finden. Nein, die Bevölkerung ist nicht so weit, und wir wollen viel weiter. Darum ist unsere Aufgabe nicht, Akzeptanz zu finden, sondern Überzeugungsarbeit zu leisten. Herr Methling hat auch am Ende seiner Rede gesagt, wir müssen die Menschen überzeugen. Das ist richtig! Wir müssen die Menschen von der Richtigkeit unserer Ziele überzeugen, und von den Wegen, die wir versuchen. Dafür müssen wir die Leute gewinnen, durch Überzeugungsarbeit. Wir dürfen nicht sagen: Hauptsache ist Akzeptanz. Oh, die Leute akzeptieren uns nicht! Oh, unser Stimmenanteil ist unter 5 Prozent gefallen! Das geht nicht. Akzeptanz finden ist nicht die Hauptsache! Das ist keine sozialistische Politik. Diejenigen, die unbedingt die 5-%-Hürde überspringen wollen, für sie ist das die Hauptsache. Aber warum muss die PDS sagen: Wir müssen unbedingt 5 % erreichen, sonst sind wir weg vom Parlament? Das haben die Grünen auch einmal so gesagt. Ich bin ein alter Grüner. Ich habe die Grüne Partei verlassen, weil sie ihre ursprünglichen Ziele über Bord geworfen hatte, zugunsten des Hauptziels, irgendwie 5 Prozent zu erreichen, egal wie.
Der Kapitalismus befindet sich weltweit in einer großen Krise, auch in Deutschland. Das ist keine bloße Konjunkturkrise, sondern eine Systemkrise. Millionen Menschen – nicht nur die Arbeitslosen und die Armen, sondern auch diejenigen, die noch Arbeit haben – fragen nach einer Systemalternative. In dieser Situation brauchen die Menschen eine echte sozialistische Partei.
Ich möchte noch sagen: Wenn man in einer Koalitionsregierung die Chancen nutzen will, dann muss man sich darüber im Klaren sein, was die langfristigen Ziele sind, die wir als Partei und sozialistische Bewegung erreichen wol-

len. Wenn die klar sind, dann ist auch die Richtung der kleinen Schritte, die ein Minister machen kann, leicht zu beurteilen. Wenn sie verschwommen oder falsch sind, dann können auch seine gutgemeinten kleinen Schritte in eine völlig andere Richtung gehen. Wenn die großen, langfristigen Ziele, unsere Ideale klar sind, dann können wir die Effektivität der Regierungsbeteiligung beurteilen, sonst nicht.
Wenn das alles logisch richtig ist, dann kommen die Fragen: Sind diese Ziele richtig? Sind sie langfristig erreichbar? Sind sie realistisch oder illusorisch?

Die Ziele

Bis vor kurzem hätte man den Eindruck haben können, das Ökologieproblem gibt es nicht. Es gibt ein Dosenpfandproblem, es gibt die Frage, ob Lebensmittel genmanipuliert sein dürfen oder nicht usw. Eine Vielzahl von solchen Problemen gibt es, aber es gibt kein Ökologieproblem. Öko war out. Das sagten auch alle Leute: Öko sei out, megaout usw. Aber in den letzten paar Monaten habe ich einen Stimmungsumschwung beobachtet. In den Medien zumindest. In der BBC gab es die Nachricht: 250 Wissenschaftler der Nordsee-Anrainerstaaten haben gesagt, die ganze Eiskappe der Arktis wird, wenn nichts dagegen unternommen wird, bis zum Jahre 2070 total geschmolzen sein. Diese Nachricht stand auch in der Frankfurter Rundschau. In der Bild-Zeitung gab es in den letzten paar Tagen große Schlagzeilen mit dem gleichen Inhalt. Schleswig-Holstein werde wahrscheinlich unter Wassermassen verschwinden. Am Brandenburger Tor werde das Wasser vielleicht einen Meter hoch stehen. Dieser Prozess – das Schmelzen der Eiskappe in der Arktis, auch in der Antarktis – läuft sehr viel schneller, als die Wissenschaftler bisher gedacht hatten. Und dann erschien vor ein paar Monaten der sog. Pentagon-Bericht. Die Wissenschaftler des Kriegsministeriums der USA schrieben in einem Bericht: Oh mein Gott, die Gefahr des Klimawandels ist tatsächlich sehr groß, Herr Präsident, tun Sie etwas! Sonst wird der Golfstrom versiegen, und Nordeuropa wird zu einer Eiswüste werden. Und in den letzten Tagen haben Sie gelesen, wie stark und wie häufig Hurrikane und Taifune in der Karibik und in Japan gewütet haben. Dann das rasante Tempo, in dem das Artensterben voranschreitet. Es gibt auch noch eine allgemeine Ökologiekrise: Vergiftung des Wassers, der Luft, des Bodens.
Und wenn man an die Lage an der Rohstofffront denkt: Wir haben letztens gelesen, der Erdölpreis ist bis auf 56 Dollar pro Barrel gestiegen. In den letzten zwei, drei Tagen ist er wieder gefallen, aber er ist bei etwa 45 Dollar geblieben. Die Produktion kann nicht mehr gesteigert werden, und die Neuentdeckung von Vorräten ist viel geringer als das, was wir täglich verbrauchen. Vor diesem Hintergrund sagen einige Wissenschaftler, Politiker sowieso, dass wir, wenn wir das Weltklima schützen wollen, wieder vorrangig Atomkraftwerke bauen müssen.
Die Gefahr ist so groß, dass ein Wissenschaftler wie James Lovelock – ich hoffe dass Lovelock, der Autor des Buches über das Gaia-Prinzip, für Sie ein Begriff ist – neulich sagte er in einem BBC-Interview: Diese Windmühlen und Photovoltaikanlagen nützen nichts. Wenn wir Strom brauchen, dann weht kein Wind. Also brauchen wir Atomkraftwerke. So ein Wissenschaftler macht sich stark für Atomkraftwerke. Zu den Gefahren der Atomenergie sagte er: Gefahren gibt es überall, wir müssen halt damit leben. Außerdem sei es in Tschernobyl nicht so schlimm gewesen. Die Gefahr, die er nicht erwähnt hat, ist die der schleichenden radioaktiven Verseuchung der ganzen Erde, wenn noch 500 Atomkraftwerke gebaut werden sollten.
Eine globale Ökologiekrise gibt es. Sie wurde einmal aus dem Bewusstsein der Menschen verdrängt, wird aber wieder wahrgenommen. Ich will einen Weg aus dieser großen globalen Ökologiekrise nennen, den ich für alternativlos halte. Sie können beurteilen, ob er alternativlos ist. Herr Methling und andere werden sicherlich nicht mit mir einverstanden sein. Aber, nachdem ich meinen Weg beschrieben habe, können sie selbst beurteilen, ob das PDS-Programm, ich meine das Grundsatzprogramm, diesen Weg weist.
Die globale Ökologiekrise kann nicht punktuell überwunden werden, sondern als Ganzes. Und kein einzelnes Land kann ein globales Problem für sich allein lösen. Aber Deutschland könnte eine Vorreiterrolle übernehmen, die Initiative ergreifen, auch Mecklenburg-Vorpommern, warum nicht? Aber die Frage ist:: Welches ist der Weg aus dieser globalen Ökologiekrise?
Was ich sage, ist nicht auf meinem Mist gewachsen. Viele Wissenschaftler, auch ökologiebewusste Wissenschaftler des Establishments, haben erkannt, dass die Gesamtbelastung der Umwelt – der Erde sowie eines Landes – in direktem Verhältnis zum Gesamtdurchsatz/-verbrauch von Material und Energie steht. Das kann niemand bestreiten. Bei partikulären Problemen kann man sagen, hier stimmt es nicht, oder da ist es falsch. Aber die Gesamtumweltbelastung steht in direktem Verhältnis zum Gesamtdurchsatz, Gesamtverbrauch von Material und Energie. Nun, je

mehr die Bevölkerungszahl wächst, je mehr Wirtschaftswachstum, desto höher ist der Gesamtdurchsatz von Material und Energie, desto mehr nehmen wir den anderen Arten Lebensraum weg, desto mehr plündern wir die Fähigkeit der Natur, menschengemachte Umweltbelastungen zu absorbieren, desto mehr verschwinden die Wälder, desto mehr dehnen sich die Wüsten aus, desto mehr erodiert fruchtbarer Boden und kurz gesagt:; desto lebensfeindlicher wird die Natur.

Wenn wir also aus der globalen Ökologiekrise herauskommen wollen, dann müssen wir langfristig und global zweierlei tun: a) Die Bevölkerungszahl der Gattung Mensch müssen wir langfristig reduzieren.. Kurz- bis mittelfristig muss das Bevölkerungswachstum gestoppt werden. Und b) der Durchsatz von Material und Energie, mit anderen Worten, der Ressourcenverbrauch, muss drastisch reduziert werden. Das haben auch viele Wissenschaftler des Establishments gesagt. Sie kennen bestimmt das Wuppertal-Institut – nicht nur in Deutschland, sondern weltweit bekannt. Deren Wissenschaftler haben gesagt, der Ausweg aus der Ökologiekrise ist die Reduzierung des Ressourcenverbrauchs um den Faktor 10, d. h. um 90 %. Das haben auch die Wissenschaftler des holländischen „Friends of the Earth“ gesagt – in ihrem Buch „Nachhaltige Niederlande". Das gleiche haben auch die Autoren des Buches „Zukunftsfähiges Deutschland" gesagt, das von BUND und Misereor herausgegeben wurde. Das haben sie alle unisono gesagt. Aber trotzdem bleibt bei allen maßgeblichen Leuten das Primat des Zieles Wirtschaftswachstum.

Nun, einige Politiker und Wissenschaftler – ich meine immer Wissenschaftler des Establishments – konnten ihre Augen vor diesem Widerspruch nicht verschließen. Einerseits sagen sie, der Ressourcenverbrauch muss um den Faktor 10 reduziert werden, andererseits sagen sie, Wirtschaftswachstum muss sein. Das ist doch ein krasser Widerspruch. Dann haben sie gesagt, sie hätten eine Lösung. Sie tue niemandem weh. Über diese Lösung könnten sich alle freuen. Was sie gemacht haben, ist aber eigentlich nichts anderes als ein Trick. Sie haben das Ziel einfach umbenannt. Sie haben früher von Wirtschaftswachstum gesprochen. Seit einigen Jahren reden sie aber von nachhaltigem Wirtschaftswachstum. Für die Dritte Welt benutzen sie den Terminus „nachhaltige Entwicklung".

Aber mit einer bloßen Umbenennung des Zieles erreichen wir nichts. Das ist schwarze Magie, Wortmagie. Es gibt Leute, die Gewissensbisse haben, weil sie die Wahrheit nicht sagen können, aber auch nicht ganz lügen können. Auf diese Weise lösen sie ihre Gewissensprobleme, ihre ideologischen Probleme. Aber das ist wirklich Wortmagie, wenn das Wort „Betrug“ nicht benutzt werden darf.

Wie begründen diese Wissenschaftler ihre Lösung? Sie haben dafür eine allgemeine, uralte Hoffnung, die sehr populär ist und immer noch ihre Kraft hat, nämlich, dass wissenschaftlicher und technischer Fortschritt alle Probleme lösen wird – alle Ressourcenprobleme sowie alle Ökologieprobleme. Wir müssen nur ein bisschen warten, sagen sie, bis die erwarteten großen Durchbrüche geschafft sind. Diese großen Durchbrüche versprechen uns diese Ideologen seit 30 - 40 Jahren. Der erste Teil dieser allgemeinen Hoffnung ist, dass wir dank technologischen Fortschritts die Ressourcenproduktivität steigern können. Das bedeutet, dass wir den Ressourcenverbrauch um den Faktor 10 reduzieren können und dass wir gleichzeitig die Produktion von Gütern und Dienstleistungen steigern können.

Es gibt einen Wissenschaftler, deren Hoffnung sehr viel größer ist: Prof. Radermacher. Er ist Mitglied des Club of Rome. Er ist Wirtschaftswissenschaftler, Informatiker, Mathematiker und alles mögliche. Er hat mit seinen Freunden des Club of Rome und vielen Honoratioren in der ganzen Welt eine Initiative gestartet: einen Marshallplan für die Dritte Welt. Wie damals nach dem Zweiten Weltkrieg soll nach Prof. Radermacher der Dritten Welt mit einer Neuauflage des Marshallplans geholfen werden. Welche Ziele soll dieser Marshallplan verfolgen? Die Weltwirtschaft soll wachsen. Nicht ein bisschen, sondern um den Faktor 10. Er redet vom doppelten Faktor 10. Das heißt, dass auch die Ressourcenproduktivität um den Faktor 10 steigen soll. Er meint, dank des wissenschaftlich-technischen Fortschritts werde beides in den kommenden Jahrzehnten möglich sein. Beides sei auch nötig, damit die armen Länder Europa und Amerika einholen und den gleichen Lebensstandard genießen können.

Das ist eine irre Vision. Es ist erstaunlich, was für Phantasien sogenannte Wissenschaftler haben können. Aber Prof. Radermacher ist nicht allein. Es gibt viele solche Wissenschaftler. Seine Vision wird noch brisanter, wenn er seinen doppelten Faktor 10 aufsplittet. Er sagt, Europäer und Nordamerikaner haben schon einen hohen Lebensstandard. Sie brauchen nicht soviel Wirtschaftswachstum mehr. Ihre Wirtschaften sollen insgesamt nur um den Faktor 4 wachsen. Also, sie sollen viermal soviel haben wie heute. Die Wirtschaften der armen Dritte-Welt-Länder sollen dagegen insgesamt um den Faktor 34 wachsen. Stellen Sie sich das vor! Faktor 34 für Länder wie Indien, Chi-

na, Vietnam, Südafrika, Bolivien usw., usw. ...
Das ist eine Kategorie von hoffnungsvollen Leuten. Es gibt noch eine andere Kategorie. Dazu gehört Hermann Scheer. Er ist kein Wissenschaftler. Er hat Volkswirtschaft studiert und ist von Beruf Politiker. Er hat mehrere Bücher geschrieben, darunter „Die solare Weltwirtschaft", und er ist Präsident der Organisation Eurosolar. Er und Eurosolar machen Lobbyarbeit für Solarenergie. Er versteht darunter auch Windenergie, Wasserkraft und Energie aus Biomasse. Er sagt, mit Solarenergie als Basis kann die Weltwirtschaft weiterhin prosperieren. Alle Länder der Welt könnten so reich werden wie Europa und Amerika.
Wie stichhaltig sind all diese Hoffnungen? Es gibt einige Wissenschaftler, die alles durchgerechnet haben. Zum Beispiel sagt Fred Luks, ehemals vom Wuppertal-Institut: Wenn in den kommenden 50 Jahren der Ressourcenverbrauch um 90 % zurückgehen soll und wenn gleichzeitig die Wirtschaft um zwei Prozent pro Jahr wachsen soll, dann muss die Ressourcenproduktivität um den Faktor 27 steigen. Wenn die Wachstumsrate 3 Prozent pro Jahr betragen soll, dann muss die Ressourcenproduktivität um den Faktor 43 steigen, d. h. der Ressourcenverbrauch muss dann um den Faktor 43 reduziert werden. Halten Sie das für realistisch?
Bei einer Diskussion habe ich Herrn Radermacher Folgendes gefragt: 3-Liter-Autos gibt es schon. Sie sind nicht marktfähig, weil sie zu teuer sind. Und jetzt will er den Ressourcenverbrauch um den Faktor 10 reduzieren. Denken wir nur an den Kraftstoffverbrauch. Nach seinem Wunsch soll ein Auto 100 Kilometer mit nur 0,3 l Benzin fahren. Ob er denke, dass das realistisch sei? Er antwortete nicht auf meine Frage. Statt dessen fragte er mich: „Warum denken Sie nur an Benzin und Autos? Es gibt doch viele andere Sachen!" Ausgewichen, keine Antwort.
Aber ich mache mir auch Gedanken über andere Sachen. Ich komme aus Indien. Indien hat sehr wenig Öl. Es muss für Öl-Importe horrende Rechnungen bezahlen. In Indien regnet es nur 4 Monate im Jahr und dann auch nicht jeden Tag. In diesen 4 Monaten ist der Himmel etwa die Hälfte der Zeit wolkenfrei. In den übrigen 8 Monaten scheint die Sonne ununterbrochen. Außer in der Nacht, natürlich. Und in Indien weht fast das ganze Jahr hindurch starker Wind: der Süd-West-Monsun in den Sommermonaten, der Nord-Ost-Monsun in den Wintermonaten. Ich frage mich: wenn all diese Hoffnungen realistisch sind, warum können die indischen Wissenschaftler und Ingenieure, die komplizierte Computerprogramme fertigen und Atomkraftwerke bauen können, warum können sie nicht eine Milliarde Photovoltaik-Module und eine Million Windkraftanlagen herstellen und sie überall hinstellen? Dann wäre doch das ganze Energieproblem Indiens gelöst! Warum machen sie das nicht?
Das macht mich stutzig. Haben Sie von Barry Commoner gehört? Er, ein Amerikaner, war vor 30 Jahren der berühmteste Ökowissenschaftler. Schon 1975 schrieb er vor dem Hintergrund des Ölpreis-Schocks, Solarenergie sei die Lösung des Energieproblems und Wasserstoff sei das Speichermedium für Solarenergie. Warum konnte bis heute kein Durchbruch gemacht werden? Ich bekomme keine Antwort von den Solarenergieadepten. Über Rezykling hörte ich in den 70er Jahren, dass Abfall nur Ressourcen an falscher Stelle sei und dass alles, was Abfall sei, nahezu 100-prozentig rezykelt werden könne. Wir brauchten dazu nur den Willen und Geld und Anreiz usw. Aber warum kommt Rezykling nicht so richtig voran? Einige Wissenschaftler aus Amerika führten in den 70er Jahren ein Forschungsprojekt durch. Sie konnten nur die Metalle studieren. Sie fanden, dass bei Metallen nach dem ersten Gebrauch 70 % unwiederbringbar verloren gehen. 30 Prozent können recycelt werden. Aber von diesen 30 % bleiben nach 10-maliger Wiederverwertung nur 0,1 % im Umlauf in der Wirtschaft.
Um es kurz zu fassen, ich bin zu dem Schluss gekommen, dass all diese frohen Botschaften dieser sogenannten Wissenschaftler Illusionen sind. Ressourcenverbrauch drastisch reduzieren und gleichzeitig Wirtschaftswachstum, das geht einfach nicht. Wenn wir global die Umwelt retten wollen, dann muss die Weltwirtschaft schrumpfen. Und da die Europäer und die Nordamerikaner 80 % der Weltressourcen verbrauchen und für 80 % der Umweltzerstörung verantwortlich sind, müssen ihre Wirtschaften drastisch schrumpfen. Ich bin der Meinung, dass auch die Wirtschaften von China und Indien schon die Nachhaltigkeitsgrenze überschritten haben. Auch die sogenannten Schwellenländer zerstören die globale Umwelt massiv. Auch ihre Wirtschaften müssen, wenn nicht schrumpfen, so doch zumindest aufhören zu wachsen.
Ich will jetzt ein bisschen darauf eingehen, was Hermann Scheer und seine Freunde, wie Franz Alt, der TV-Journalist, über Solarenergie sagen: Die Sonne schickt uns 15000 mal soviel Energie, wie wir zur Zeit global verbrauchen. Wo gibt es also ein Energieproblem? Wenn wir auch nur die Hälfte oder ein Viertel davon für unsere Wirtschaft brauchbar machen könnten, gäbe es kein Energieproblem. Franz Alt schreibt:: Die Sonne schickt uns doch keine Rechnung. Ich habe ihm einmal geschrieben,

auch die Kohleflöze schicken uns keine Rechnung; trotzdem kostet Kohle etwas. Sonnenenergie ist nicht kostenlos, wie uns Franz Alt weismachen will. Und sie sagen, dass Solarenergie absolut umweltfreundlich sei. Aber stimmt das? Erstens, wenn wir Sonnenschein, Wind, fallendes Wasser und Biomasse in Strom bzw. Sprit verwandeln, benutzen wir viele Geräte und Anlagen. Ihre Konstruktion und ihr Betrieb erfordern viel Energie- und Materialaufwand. Dieser Prozess verursacht eine Menge Umweltbelastung, wie jeder industrielle Prozess. Und es ist fraglich, ob diese Energieträger wirklich nachhaltig sind. Es gibt große Zweifel bezüglich der Energiebilanz (energetisches Input-Output-Verhältnis) dieser erneuerbaren Energieträger. Wir können hier darüber keine ausführliche Debatte führen. Für heute nur soviel: Es gibt Zweifel aus der Wissenschaft selbst. Einige dieser Energiearten haben eine negative Energiebilanz, bei den anderen ist die Bilanz zu wenig positiv. Ausnahme: Wasserkraft.

Ich kann das alles hier nicht detailliert ausführen. In meinem Buch habe ich diesem Thema ein ganzes Kapitel, 70 - 80 Seiten, gewidmet. Es ist so: Diese erneuerbaren Energien sind machbar, aber nicht alle sind lebensfähig. Man braucht bei der Photovoltaik und anderen Solarkollektortechnologien zur Stromproduktion mehr Energie, um die Geräte und Anlagen herzustellen und sie zu betreiben, als die Energiemenge, die die Anlagen in ihrer gesamten Lebensdauer erzeugen. Das heißt, diese Technologien können sich nicht selbst reproduzieren, sie brauchen Energie aus anderen Technologien, sind also nicht lebensfähig. Bei Windkraftanlagen scheint die Energiebilanz positiv zu sein, aber nicht positiv genug, um damit Industrieanlagen zu betreiben. Zudem muss man in beiden Fällen immer Ersatzkraftwerke (Gas- oder Atomkraftwerke) parat halten, da ja Sonnenschein und starker Wind nicht immer da sind. Bei Biodiesel braucht man eine so große Menge an Energieinput für Rapsanbau, dass das energetische Endergebnis negativ ist. Man kann diese Aussagen bestreiten, und man kann auch sagen, dass das Problem in der Zukunft durch technologischen Fortschritt gelöst sein wird. Das kann sein, kann aber auch nicht sein.

Eine andere Hoffnung ist: wenn wir Energie in Hülle und Fülle hätten und wenn sie spottbillig wäre, dann könnten wir alle Abfälle verarbeiten und so alle Ressourcen 100-prozentig rezykeln. Woher soll aber spottbillige Energie in Hülle und Fülle kommen?

Zum Schluss dieses Abschnitts: Wir können die Gesetze von Physik, Chemie und Biologie nicht aufheben. Wir müssen uns diesen unterwerfen. Herman Daly, noch ein berühmter ökologischer Ökonom, hat geschrieben: die meisten grundlegenden Gesetze der Wissenschaft sind Unmöglichkeitsaussagen. Zum Beispiel ist es nicht möglich, dass sich etwas schneller als die Lichtgeschwindigkeit bewegt. Es ist unmöglich, die ersten 2 Hauptsätze der Thermodynamik zu überwinden. Es ist nicht möglich, auf der Erde ein Perpetuum mobile zu bauen. Wir müssen diese Naturgesetze akzeptieren und dann sehen, was wir alles machen können. Der 2. Hauptsatz der Thermodynamik, der auch für Material gilt, besagt, dass es unmöglich ist, aus hochentropischer Energie (oder Material) niedrigentropische Energie (bzw. Material) zu gewinnen, ohne aus einer anderen Quelle niedrigentropische Energie (und Material) zu beziehen. In einfachen Worten: Die Sonnenstrahlen erreichen uns auf der Erdoberfläche in sehr schwacher Intensität. Wo sie entstehen, in der Sonne, ist Energie in Hülle und Fülle da, nicht aber auf der Erdoberfläche. Wenn wir aus Sonnenstrahlen direkt Strom herstellen wollen, dann müssen wir aus einer anderen Quelle (sei es Kohleenergie, sei es Atomenergie) Energie beziehen, um die Kollektoren herzustellen.

Ökosozialisten, mit ihrer neuen Vision des Sozialismus, müssen diese Unmöglichkeiten akzeptieren, und sie können sie akzeptieren, weil sie nicht dem Profitprinzip verpflichtet sind. Im Kapitalismus ist das nicht möglich. Ein Unternehmer ist dem Profitprinzip unterworfen, und im Kapitalismus gibt es einen Wachstumszwang. Die notwendige Schrumpfung der Wirtschaft ist also im Kapitalismus nicht möglich. In meinem Buch habe ich auch diesem Thema ein Kapitel gewidmet:, Titel: „Ist Ökokapitalismus möglich?". Ich meine, er ist nicht möglich. Aber im Sozialismus ist eine geplante Wirtschaftsschrumpfung möglich, obwohl nicht garantiert. Sozialisten können ja auch Wachstumsfanatiker sein. Darum beharre ich darauf, Herr Methling, den Terminus "Ökosozialismus" zu benutzen anstatt nur "Sozialismus". Sie haben recht: Der Sozialismus kann die Ökologiekrise nicht ignorieren. Aber das ist durchaus möglich. Die Sozialisten haben in der Vergangenheit die Ökologiekrise ignoriert und in der Sowjetunion und in der DDR alles versaut. Wir dürfen nicht einfach Sozialisten sein, wir müssen Ökosozialisten sein. Das ist die neue, zeitgemäße Begründung für die sozialistische Bewegung und für eine sozialistische Partei, die ich mir wünsche. Zusätzlich zu allen moralischen Begründungen, die wir sowieso haben.

Das Grundsatzprogramm der PDS

Nun komme ich zum Grundsatzprogramm der PDS. Es sagt dankenswerterweise: „Sozialismus ist eine Bewegung gegen die Ausplünderung der Natur." Wunderschön. Im Kapitalismus geht die Ausplünderung der Natur zwangsläufig weiter, sonst kann er gar nicht existieren. Vor dem Hintergrund dieser Wahrheit las ich auf Seite 6: „Unternehmerisches Handeln und Gewinninteressen sind wichtige Voraussetzungen für Innovation und wirtschaftliche Leistungsfähigkeit." Die Autoren haben das Wort „Kapitalismus" nicht benutzt, aber was ist unternehmerisches Handeln und Gewinninteresse anderes als der Kapitalismus. Wenn sie den Kapitalismus akzeptieren, dann können sie keinen Ausweg aus der Ökologiekrise finden. Sie haben den Kapitalismus akzeptiert. Der Kapitalismus beinhaltet einen Wachstumszwang, in diesem System ist der Schutz der Umwelt und die Lösung der ökologischen Krise nicht möglich. Und dann befürwortet, ja fordert, das Programm ganz ausdrücklich Wirtschaftswachstum. Auf Seite 7 steht:: „Wir wollen, dass eine dynamische Entfaltung der Produktivkräfte der Gesellschaft..." usw. Dann auf Seite 28: „Eine dynamische ökonomische Entwicklung wird in Wahrheit nur vom Neoliberalismus blockiert." Wie schade! Wenn wir an die Macht kämen, könnten wir diese Blockade aufheben, und dann könnte es wieder eine dynamische ökonomische Entwicklung geben. Auf Seite 29 steht: „Wirtschaftliches Wachstum ist aus Sicht einer von der PDS befürworteten Wirtschaftspolitik notwendig, um beschäftigungspolitische und soziale Probleme zu lösen und Armut zu überwinden." Also dann gute Nacht, schöne ökologische Welt! Noch einmal Seite 29: „Wachstum ist für die Überwindung der globalen Armut unverzichtbar. Auch in Deutschland kann Wirtschaftswachstum dazu beitragen, beschäftigungspolitische und soziale Probleme zu lösen und die Stabilisierung der öffentlichen Haushalte zu erreichen." Das ist das Grundsatzprogramm der PDS. Ich habe sehr viel Bewunderung für die PDS und für die Genossen dieser Partei. Sie ist eine Partei für soziale Gerechtigkeit und für Solidarität. Das verdient viel Lob, und ich lobe die PDS aus diesen Gründen. Aber sie und ihr Programm weisen keinen Weg aus der Ökologiekrise. Der Gegenteil ist der Fall.
Ich danke ihnen für ihre Aufmerksamkeit.

Aus der Diskussion

Zusammenfassung von Manfred Wolf und Detlef Franek nach dem Tonbandmitschnitt

In einer Erwiderung auf den Vortrag von Saral Sarkar stellte **Wolfgang Methling** zunächst fest, dass wir mit unserer Diskussion natürlich auch die Programmdebatte in gewisser Weise fortführen wollen. Er stehe zwar voll hinter dem Programm, habe aber auch wahrgenommen, dass der grüne Faden darin dicker sein könnte, obwohl er im Vergleich zu anderen Programmen, die beschlossen worden sind, schon kräftiger geworden ist. Er wies aber darauf hin, dass man für alles, was man tun will, Mehrheiten braucht, auch in einer Partei. Er habe Anfang der 90er Jahre das ökologische Bewusstsein in der Partei höher eingeschätzt. Zur Zeit. ist der Teil Ökologie in Dokumenten teilweise noch zu finden, aber vor allem im praktischen Handeln schwach. Wie soll man aber erwarten, dass die Menschen die ökologische Kompetenz der PDS anerkennen, wenn diese oder zumindest wichtige Teile ihrer Mitglieder meinen, dass das nicht so wichtig ist? Hier ist noch kräftig zu streiten.
W. Methling äußerte Erstaunen über einige Positionen von Saral Sarkar, so z. B. die deutliche Unterscheidung zwischen einem Minister der PDS und einem Sozialisten. Er nehme jedenfalls für sich in Anspruch, dass er Sozialist ist, auch als Minister. Das muss möglich sein, denn woher solle er sonst die Motivation für seine Arbeit schöpfen? Das müsse für alle PDS-Mitglieder möglich sein, auch wenn sie sich in die Institutionen der kapitalistischen Gesellschaft begeben haben, ob als Bürgermeister oder Landrat. Man kann auch nicht das Bemühen um Überzeugung der Menschen und das um Akzeptanz in der Gesellschaft trennen. Wir müssen uns dort, wo wir wirken, bemühen, dass uns die Menschen verstehen, sich unsere Positionen zu eigen machen, aber er möchte auch Akzeptanz für seine Arbeit im Umweltschutz erreichen. Ihm sind auch Wahlergebnisse nicht egal, weil wir sehen, wie schwierig es ist, wenn wir die 5-%-Hürde nicht überspringen können. Das heißt nicht, dass wir deshalb opportunistische Programme entwickeln. Dafür gibt es andere Parteien. Er habe auch bei Saral Sarkar gewisse Zweifel dafür herausgehört, dass wir für unsere Arbeit akzeptable Ziele haben.
W. Methling benannte in diesem Zusammenhang exemplarisch einige wichtige Ziele der Umweltpolitik in Mecklenburg-Vorpommern wie auf dem Gebiet des Klimaschutzes, der Reduzierung des Energieverbrauchs und der Nut-

zung regenerativer Energien sowie für die Erhaltung der Artenvielfalt. Er anerkannte, dass mit solchen Zielen auch Illusionen verbunden sein können, vor allem was ihre Realisierbarkeit betrifft. Für kontraproduktiv, ja geradezu deprimierend, halte er die Ausführungen zur Nutzung der Solarenergie. So etwas habe er bisher nur von der Atomlobby gehört. Er erinnerte daran, dass auch Biomasse Solarenergie ist, umgewandelte Sonnenenergie. Bei der Diskussion um die Reduzierung des Bevölkerungswachstums seien wir hier in einer schwierigeren Situation als Vertreter aus den Entwicklungsländern.

Götz Brandt stellte fest, dass leider auch die Ökonomen in der PDS die mit Wirtschaftswachstum verbundenen Illusionen für sozialen Fortschritt vom neoliberalen Zeitgeist übernommen haben, was sich dann auch im Parteiprogramm widerspiegelt. Sie nähmen leider nicht zur Kenntnis, dass die Ressourcen endlich sind bzw. wegen zu hoher Förderkosten in 20 - 30 Jahren nicht mehr zur Verfügung stehen werden. Das beziehe sich auch auf Kali und andere Mineraldünger, so dass auch die darauf beruhenden hohen Ernteerträge ausbleiben werden. Und der ökologische Crash hat uns möglicherweise schon eher eingeholt. Er schloss mit der Feststellung, dass derjenige, der also schrumpfen und einsparen sagt, die Wahrheit sagt, und empfahl den Ökologen, die einschlägige Literatur zu lesen.

Jörg Staude machte auf das Kuriosum aufmerksam, dass wir es eigentlich schon jetzt mit einem Schrumpfungsprozess zu tun haben. Zumindest wird durch Sozialabbau und Einkommensverluste der weniger Verdienenden eine Tendenz zu weniger Verbrauch geschaffen. Und die Parteien, die das zu verantworten haben, werden gewählt, und die PDS, die dagegen auftritt, nicht. Es wäre also an der PDS, ihre eigenen Vorstellungen zu entwickeln, wie und wo geschrumpft und reduziert wird.

Hanna Pankratz sprach sich gegen die von Saral Sarkar vertretene Notwendigkeit der Reduzierung des Bevölkerungswachstums aus. Sie habe Mitte des vergangenen Jahrhunderts Ökonomie studiert und dabei auch von der Auseinandersetzung Marx´ mit der Lehre von Malthus erfahren. Sie wehrte sich schon damals gegen die Vorstellung, dass Menschen auf der Erde zu viel und zum Hunger verurteilt sein sollen. Wenn heute, wo 10 % der Menschen über alle Ressourcen verfügen, ebenfalls Reduzierung der Bevölkerung gefordert wird, sollte man zunächst mal für eine andere Verteilung der Güter eintreten. Dazu aber braucht man eine andere Gesellschaft, deren Keime wir, wie Marx sagt, bereits in dieser entwickeln und pflegen müssen. Abschließend stellte H. P. die Frage, ob denn Wirtschaftswachstum immer nur mehr Produkte heiße. Es sollte mehr auf Qualität der Produkte und Nutzung regionaler Kreisläufe gesetzt werden. Bei Energieformen heiße das Nutzung der lokal besten Möglichkeiten.

Eingehend auf die Replik von W. Methling erläuterte **Saral Sarkar** zunächst noch einmal seine Unterscheidung zwischen der Arbeit eines Ministers und eines Sozialisten, der nicht Minister ist. Er verweist auf das Beispiel von Trotzki, der auf Geheiß Lenins mit deutschen Generalen und Diplomaten über Waffenstillstand und Frieden zu verhandeln hatte. Er sehe darin keinen Widerspruch, denn Trotzki ist dabei Revolutionär geblieben. Auch bei W. Methling bezweifle er nicht, dass er Sozialist ist und bleibt und dass ihn die Partei in die Regierung geschickt hat, um das Mögliche zu erreichen, auch wenn es da Grenzen gibt. Sein Punkt sei, dass sich die Partei als Ganzes bzw. ihre Mitglieder sich nicht diesen Grenzen anpassen müssen, zumal in einem Programm, einem Grundsatzprogramm, das keins für nur vier Jahre ist. Hier müssen die langfristigen Ziele und Visionen dargelegt sein, während es bei Regierungsbeteiligung nur um die Nutzung von Chancen geht, wie auch W. Methling sagte. Die Visionen einer besseren Gesellschaft müssen beschrieben werden, um dann alles zu tun, die Menschen dafür zu gewinnen und einmal Mehrheiten dafür zu erreichen. Sie können nicht von dem ausgehen, was in vier Jahren als Juniorpartner in einer Regierung erreichbar ist.
Bezüglich der Solarenergie erklärte S. Sarkar, die Menschheit habe sich ja mit Biomasse als Energiequelle entwickelt. Aber es sei ein Unterschied, ob man Holz oder getrockneten Kuhdung verbrennt oder ob man in unserer Zeit aus Holz oder anderen Pflanzen Biodiesel herstellen will. In diesem Falle wird die Energiebilanz sicher negativ ausfallen.
Hinsichtlich des Begriffes Wirtschaftswachstum gäbe es viel Verwirrung. Für die Wirtschaft sei es kein Wachstum, wenn z. B. Geräte gebaut werden, die man zig Jahre nutzen kann. Das wäre nach Herman Daly Entwicklung. Für Wirtschaftswachstum müssten die Geräte jedes Jahr erneut produziert werden, was mit wiederholtem Energie- und Ressourcenverbrauch verbunden ist. Beide Definitionen sollten beachtet werden, um Konfusion beim Gebrauch des Begriffes Wirtschaftswachstum zu vermeiden.

Annemarie Kersten vertrat ebenfalls die Ansicht, dass die Keime für gesellschaftliche Entwicklungen, die über das Bestehende hinaus weisen, besonders von Sozialisten gepflegt werden müssten und unterstützte in diesem Zusammenhang die Arbeit von Wolfgang Methling als sozialistischer Minister für Umweltschutz in Mecklenburg-Vorpommern. Was Möglichkeiten eines gesellschaftlichen Wandels betreffen, so sei die ökologische Seite dafür in den Vorstellungen der PDS bisher zu kurz gekommen (siehe ND-Artikel vom 03.01.2005 in dieser Ausgabe - Anm. d. Red.).
Deshalb habe die AG Umwelt in Brandenburg auf dem 9. Parteitag vorgeschlagen, noch in Vorbereitung der Bundestagswahl in allen Landesorganisationen der PDS ökologische Konferenzen durchzuführen. Dieser Antrag wurde zwar nicht beschlossen, sie wolle trotzdem von hier aus allen Landesverbänden diese Anregung geben.

Maria Protze wollte von Wolfgang Methling wissen, ob auch er im Wirtschaftswachstum die einzige Möglichkeit für mehr Beschäftigung sehe bzw. welche sonst noch. Wirtschaftswachstum sei doch in erster Linie mit technischem Fortschritt und dieser mit immer mehr Arbeitslosigkeit verbunden.

In seiner Antwort unterstützte **W. Methling** zunächst die Idee von Ökologiekonferenzen in den Landesverbänden, erklärte seine Bereitschaft, darin mitzuwirken und sprach sich auch für eine Anregung dazu durch den Parteivorstand aus. Ein Zusammenhang zwischen Wirtschaftswachstum und Schaffung von Arbeitsplätzen existiere nur partiell. Das Problem als Ganzes kann nur gelöst werden, wenn die Gesellschaft bereit ist, Reichtum anders zu verteilen. Dafür gebe es aber keine Mehrheiten, sonder eben gerade für die andere Tendenz. Aber er betonte, dass die PDS immer wieder sagen muss, weil es außer ihr niemand sagt. Solange man Arbeitszeit erhöhen, Arbeitsplätze nicht grundsätzlich anders verteilen will, gehe es weiter in die falsche Richtung. In Mecklenburg-Vorpommern habe sich die PDS von einer moderneren Arbeitsplatzpolitik auch mehr Effekte erhofft als sie schließlich gebracht hat.

Saral Sarkar sprach sich für mehr arbeitsintensivere Technologien aus, was aber auch die Akzeptanz geringerer Einkommen erfordert.

Zum Thema solare Energiewende/erneuerbare Energien sprach zuerst **Marko Ferst**.
Er erwähnte, dass in einigen Ländern erneuerbare Energiequellen schon sehr intensiv genutzt werden würden. In Israel beispielsweise wären bereits 80 % aller Hausanlagen mit Solarkollektoren ausgestattet. In Deutschland wäre der Anteil an erneuerbaren Energien, wo ja auch die Wasserkraft dazugehört, gegenwärtig bei 8 - 9 %. Die über 15000 Windkraftanlagen machten ca. 3 % aus. Er betonte, dass er nichts davon halte, zu sagen, dass das alles nicht ginge und wir das deshalb auch nicht tun sollten. Sicher gäbe es dabei Probleme und auch eine Windmühle benötige natürlich ein gewisses Quantum an Stahl und Beton. Aber Deutschland sollte schon anstreben, die erneuerbaren Energien Schritt für Schritt auf 100 % auszubauen.
Es wäre auch die Frage zu stellen, wie hoch denn der deutsche Stromverbrauch sein muss - bei einem Verbrauch in der Größenordnung von einem Viertel oder einem Zehntel des gegenwärtigen löse sich das Problem mit den erneuerbaren Energien sicher sehr viel einfacher. Er führte den steigenden Ölpreis als Argument für die Forcierung erneuerbarer Energien an, da in 35 - 40 Jahren die Ressourcen wahrscheinlich erschöpft sein werden.
Er regte Wolfgang Methling dazu an, seine Arbeit als Minister in Mecklenburg-Vorpommern im Vergleich mit den grünen Umweltministern Bärbel Höhn (Nordrhein-Westfalen) und Klaus Müller (Schleswig-Holstein) zu bewerten.
Es wäre klar, dass die Art von Wirtschaftweise, die wir gegenwärtig betreiben, nur noch eine begrenzte Zeit möglich sein wird. Auch das Umweltministerium unter Trettin scheine davon auszugehen, dass der Klimawandel nur noch zu begrenzen, aber nicht mehr zu stoppen sei. Als Konsequenz ist aber bereits heute eine deutlichere Weichenstellung notwendig, als das in allen Partein getan wird, eine grundsätzliche Denkumstellungen wäre notwendig. Es gehe darum zu überlegen, wie ggf. kommende sozialökonomische Degradationen abgefangen werden . In der Wissenschaft wird z. B. diskutiert, dass bei einer Erhöhung der Temperatur um 2 Grad eine regionale Eiszeit in Europa durch den Ausfall des Golfstroms entstehen könnte.
Für die ökologischen Aspekte im gegenwärtigen Parteiprogramm müsse man sicher nicht „Beifall klatschen". Aber entscheidend wird sein, was in den nächsten Jahren, z. B. beim nächsten Bundestagswahlkampf getan wird. Eigentlich hätten wir ja drei grüne stellvertretende Parteivorsitzende, da müsse doch schon grundsätzlich mehr ökologische „Substanz" in den Leitanträgen und Wahlprogrammen möglich sein.
Marko Ferst fand Lob für bestimmte Aspekte der Arbeit des Schweriner Umweltministeriums, bat aber gleichzeitig um Aufklärung über

die Ausweisung der FFH-Gebiete für Mecklenburg-Vorpommern, die erst als vorbildhaft bezeichnet, später jedoch in der Öffentlichkeit anders beurteilt wurde.

Wolfgang Methling fand, dass man als Beteiligter Schwierigkeiten hätte, einen objektiven Vergleich mit der Arbeit anderer Kollegen vorzunehmen. Er erklärte seinen Respekt vor der Arbeit seiner Fachkollegen und dass er selten in Dissenz mit diesen sei. Einen Unterschied sehe er eher teilweise im Stil beim Umgang mit Interessengruppen. Der wäre bei Grünen, auch z. B. Jürgen Trettin oder Renate Künast etwas „konfrontativ". Er erklärte: „... ich möchte erreichen, dass das, was man selber eingebracht hat in die Politik und die Verwaltungstätigkeit, dass dieses weiter Bestand hat ...". Für ihn sei die Zusammenarbeit mit den Verbänden, auch mit den Umweltverbänden wichtig. Er unterstrich: „Ökologische Politik, ökologische Positionen sollten eigentlich keine solche Unterscheidung in den Parteien finden, denn wenn Ökologie naturwissenschaftlich und sozialwissenschaftlich begründet ist, da müsste es eigentlich auch über Parteigrenzen hinweg gelten. Die Unterschiede, die es gibt, sind sicherlich daraus zu erklären, dass es hinsichtlich der sozialen Wirkungen andere Bewertungen gibt. Und da es ist in der PDS sicherlich so, dass uns die sozialen Wirkungen wichtiger sind als bei grünen Landes- und Bundespolitikern." Andererseits ist man als Umweltminister auch nicht „freischwebend", die Meinungen anderer Ministerien, von Koalitionspartnern usw. sind in einer Regierung zu berücksichtigen. Abschließend stellte er fest: „... mit dem, was ich selber will und erreicht habe, muss ich den Vergleich nicht scheuen."
Wolfgang Methling erklärte, dass er selber jede Gelegenheit nutze, um über Umweltpolitik zu sprechen und diese in die Gesamtpolitik des Landes einzuordnen. Hinterher würde ihm oft gesagt „... da war zuviel Umweltpolitik." Die Umweltpolitik in Mecklenburg-Vorpommern wäre mit das beste, was die PDS dort aufzuweisen habe: „Aber in der öffentlichen Reflexion spielt das kaum eine Rolle. Das hat mit dem zu tun ... , das man meint, das ist nicht wichtig." In der letzten Zeit hat sich die Hälfte des Parteivorstandes mit der Agenda sozial beschäftigt, was verdeutlicht, wo die Schwerpunkte liegen. Dies müsse anders werden. Ökologische Akzente müssen gerade durch den Parteivorsitzenden oder Pressesprecher auf Pressekonferenzen gesetzt werden. Er hätte deshalb angeregt, dass sich der Parteivorstand mit der Umweltpolitik der PDS befassen solle. Ursprünglich nur als ein Thema unter mehreren für Oktober vorgesehen, hätte er darauf bestanden, die Umweltpolitik als alleiniges Thema auf einer Vorstandssitzung zu behandeln, was im neuen Jahr passieren werde. Der Themenplan des Parteivorstandes für das neue Jahr wäre aber noch nicht festgelegt. Die BAG und die Ökologische Plattform sollten sich gemeinsam darauf verständigen, wer dort teilnimmt und wie dort aufgetreten wird. „Wir müssen erreichen, dass diejenigen, die nach außen hin für die PDS stehen, und das sind nun mal in aller Regel die Vorsitzenden und die Fraktionsvorsitzenden, dass die diesen Anteil der PDS-Politik auch darstellen."
In der Frage der FFH-Ausweisung für Mecklenburg-Vorpommern räumte W. Methling ein, dass man den Ablauf nur aus dem konkret-historischen Zusammenhang verstehen könne. Bei der Abgabe der zweiten Meldung aus Mecklenburg-Vorpommern im Jahre 1999 wären im damaligen Vergleich relativ viele Anteile ausgewiesen worden. Es wäre ein Spielraum für die Auswahl möglich gewesen, sie hätten die Gebiete mit dem besten Erhaltungszustand ausgewählt. Nach Ressoirabstimmung in der Landesregierung und der öffentlichen Anhörung konnten aber nicht alle vom Umweltministerium vorgesehenen Gebiete gemeldet werden, u. a. auch deshalb, weil nicht zu allen Gebieten ausreichen Daten vorlagen. Die Meldung wurde dann von den Umweltverbänden kritisiert. Er hätte aber darauf hingewiesen: „dass wir eine fachlich begründete Meldung vorgenommen haben und das ich damit leben kann, ich habe aber auch deutlich erkennen lassen, wenn ich hätte alleine melden können, wäre die Meldung anders gewesen."
Er sagte, das diese Meldung aus der Sicht der Europäischen Kommission nicht den Anforderungen entsprach. Doch Kriterien wurden erst im Jahr 2003 vorgegeben, die sich auf den Anteil der Meldung von Gebieten in bestimmten Kategorien bezogen, 1999 lagen diese leider nicht vor, denn dann hätte man anders vorgehen können.
Die dritte Meldung wurde jetzt im laufenden Jahr verabschiedet. W. Methling teilte mit, dass die vorliegende Bewertung durch das Bundesamt für Naturschutz davon ausgeht, das diese Meldung auch durch die EU-Kommision akzeptiert werden wird.
Die marinen Gebiete und Vogelschutzgebiete müssen noch nachgemeldet werden. Diese waren in der zweiten Meldung noch mit enthalten. Nachträglich wurde der Anteil der Flächen jedoch nur noch auf Landflächen bezogen, und da Mecklenburg-Vorpommern natürlich viele Gewässerflächen hat, sank der gemeldete Flächenanteil von ursprünglich 8% auf 5 %.

Lars Klinkmüller erklärte, dass er mit vielen Dingen aus dem Vortrag von Saral Sakar nicht einverstanden wäre.
Für ihn sind die erneuerbaren Energien eine Alternative zu den fossilen und atomaren Energieträgern. Er führte aus, dass nicht die Endlichkeit der fossilen Energien überhaupt das eigentliche Problem wäre. Diese Energien seien vor vielen Millionen Jahren aus Kohlenstoffquellen entstanden und aus dem natürlichen Kohlenstoffkreislauf der Erde ausgeschieden worden. Im Karbon enthielt die Erdatmosphäre schließlich noch 15 % CO_2 und nur 5 % Sauerstoff. Deshalb sei also viel wichtiger, die fossilen Energien dort zu lassen, wo sie sind.
Die PDS tue sich mit Umweltfragen schwer: „Umweltfragen sind Menschheitsfragen und ich meine tatsächlich, wir schaffen es auch nicht alleine, wir müssen uns da Partner suchen." Er schloss mit der Feststellung: „... die PDS macht an dieser Stelle eigentlich zu wenig, zumindest zu wenig in der öffentlichen Diskussion, und die PDS ist an dieser Stelle tatsächlich nicht erkennbar für mich ..."

Saral Sakar ging in seinem anschließenden Beitrag auf Argumente verschiedener Vorredner ein.
Er meinte, die Frage der erneuerbaren Energie sei nicht gelöst, wenn einige Länder wie Norwegen oder die USA oder andere diese erneuerbaren Energien nutzen würden. Die Frage wäre: „... ob diese Erneuerbaren Energien mit Subventionen betrieben werden oder ob sie aus eigener Kraft erneuerbar sind ... Das heißt, ob wir mit Hilfe von Solarstrom die zukünftigen Generationen von Solarstromanlagen bauen können ... Solange für die Produktion von Photovoltaikzellen ... konventionelle Energie aus Kohle .... benutzt werde, .. (ist das - Anm. d. Red.) kein Beweis für die Machbarkeit von Photovoltaikenergie." Er ging auch auf Biodiesel ein. Mit Subventionen wäre alles machbar. Aber wenn die konventionellen Energiequellen erschöpft sind, würden solche auf Kosten der konventionellen Energien subventionierten und damit quasi „parasitären" Technologien mit „sterben".
S. Sakar meinte, dass seit 30 Jahren davon die Rede sei, die erneuerbaren Energien einsetzen zu müssen. Aber es würde nicht klappen. Kein Staat könne unendlich viele Subventionen zahlen. Er bekräftigte, dass man zwischen Machbarkeit und Überlebensfähigkeit von Technologien unterscheiden müsse.

Eine **Zwischenbemerkung** aus dem Publikum gab zu bedenken, dass man die erneuerbaren Energien nicht von vornherein verunglimpfen sollte, weil sich die Energieerzeugung durch erneuerbare Energien erst nach einer gewissen Entwicklungsphase im „zweiten Schritt" konsolidieren könne.

Saral Sakar lenkte ein, dass ein Wort wie "parasitär" für die Energieerzeugung aus erneuerbaren Energien vielleicht als Abwertung aufgefasst werden könnte und unterstrich, dass nur die naturwissenschaftlichen Fakten Maßstab für die Beurteilung dieser Technologien sein können. Und da zählt nur die Energiebilanz. Er ging dabei auch auf eine vor seinem Beitrag gestellte Frage einer Zuhörerin ein, die Widersprüche bei den Energierücklaufzeiten in der Photovoltaik ausgemacht hatte. Wenn die Energierücklaufzeiten zwischen 1,2 bis zu 10 Jahren angegeben werden, sogar mit zunehmender Forschung noch steigen, so stellt sich die Frage nach der Ernsthaftigkeit der Bilanzen: „Wunschdenken ist nicht wissenschaftlich."

Daniel Häfner beleuchtete die erneuerbaren Energien von einer anderen Seite:
Die Energieunternehmen hätten eine riesige Macht, mit Lobbyismus wird dafür gesorgt, dass gerade die Leute die das meiste Kohlendioxid erzeugen, trotz Kyoto-Protokoll dafür nicht zahlen müssten. Da sollte das Engagement einer sozialistischen Partei für der Einsatz erneuerbarer Energien doch eine attraktive Möglichkeit sein können, an deren Macht zu kratzen.
Einen weiteren Aspekt erläuterte er so: „... wenn ich 100-prozentig regenerative Energien habe, kann ich gar keinen Krieg führen, wie im Irak, mal ganz davon abgesehen, dass der Krieg ja zum Ziel hat, fossile Energien ... zu erwerben. ...ich kann so eine Zerstörungsmacht nicht aufbauen ... es sind Friedensenergien."
Er wies darauf hin, dass regenerative Energien auf Grund ihrer Dimensionen regionale Wirtschaftskreisläufe stärken: „Erneuerbare Energien sind basisdemokratisch, sie sind sozial, weil eben in diesen kleine Wirtschaftskreisläufen gehandelt werden muss, weil ich denjenigen kenne, der mein Windmüller ist, der mein Raps verbrennt ..." Ein Argument dafür wäre auch, dass dadurch seiner Meinung nach der Lebensstandard gehalten werden könnte, was die erneuerbaren Energien attraktiv für die meisten Leute machen würde.
Abschließend stellte er fest, dass die EU-Kommission Überlegungen anstellt, die Trennung von Energieerzeugung und Netzbetrieb in der EU durchzusetzen und bat um eine Stellungnahme zu diesem Thema.

Jürgen Tallig stellte am Anfang seines Auftrittes noch mal die Tatsache fest, dass es doch eigentlich darum ginge, „... die Illusion aufrechtzuerhalten, wir könnten unser jetziges Wirtschaftsvolumen und unser jetziges Wirtschaftswachstum mit erneuerbaren Energien aufrechterhalten ..." Alle Studien sagen aber aus, dass eine Reduktion des Energieverbrauchs und der Stoffströme bis 2050 um 80 % notwendig ist. Es gehe also nicht nur darum, einen Zustand zu erreichen, in dem die Wirtschaft nicht mehr wächst, sondern darum, eine Reduktion zu erreichen auf ein Niveau, welches sich mit den gegebenen naturgesetzlichen Grenzen vereinbart. Es stelle sich also die Frage, wie man zu einer Lebensweise käme, die auf einem sehr viel niedrigeren Energieniveau basiert.
Er bestritt die Aussage aus dem Parteiprogramm, die der Moderator eingangs der Diskussion aus dem Parteiprogramm zitiert hatte, dass Armut die Ursache der Umweltzerstörung sei: „.. das ist Propaganda, das ist doch eine Illusion. Der Reichtum erzeugt die Umweltzerstörung, unsere Lebensweise, und nicht die Armut der Leute ..." Durch die Zerstörung der Binnenmärkte und der Subsistenzlandwirtschaft in den Entwicklungsländer und die Ausrichtung auf den Export resultiert die Bedrohung der Umwelt von dieser Seite.
Viel diffiziler wäre auch der Zusammenhang zwischen Wachstum, Prosperität in den Zentren und Zerstörung und Schrumpfung in den Peripherien zu sehen. Wir kennen ja die schrumpfenden Volkswirtschaften in Ostdeutschland und Osteuropa. Man könne nicht einfach sagen, Wachstum sei schlecht. So gäbe es auch auf internationalen Konferenzen Abmachungen, die den Entwicklungsländern ein bestimmtes Wachstum zubilligen würden, wohingegen die Industrieländer ihren Verbrauch zurücknehmen sollten.

Jörg Staude stellte klar, dass er nicht derselben Ansicht ist, die das angesprochene Zitat aus dem Parteiprogramm wiedergibt „Ich befasse mich gerade juristisch mit der Jute-Zucker-Markt-Ordnung und da ist es genau dieser Zusammenhang, ... , dass wir mit unserem Zucker die lokalen Märkte global kaputt machen. So subventionieren wir den Zucker, den bezahlen wir sogar noch über Verbrauchssteuern ..."
Er bekräftigte, dass der Aspekt der schrumpfenden Wirtschaft ein ganz akutes, drängendes Problem sei.: "Das wir jetzt sozusagen die blühenden Landschaften (im Osten - Anm. d. Red.) als Wildnis bekommen, das kann ja nicht das Ziel sein, ... sondern die einfache Reproduktion der Region, der Bevölkerung muss ja irgendwie mehr sein..."

Wolfgang Methling erläuterte auf Grund einer Nachfrage sein Verständnis bzgl. der Termini erneuerbare Energien und Solarenergie: „Ich benutze den Begriff (erneuerbare Energien - Anm. d Red.) sozusagen, weil er ... für die meisten dann nachvollziehbarer ist, dann muss man nicht erklären, was nun Solarenergie ist und was erneuerbare Energie ist. Grundsätzlich bin ich der Auffassung, dass eine Zusammenfassung unter dem Titel solare Energien durchaus möglich ist, denn alles stammt ursprünglich sozusagen von der Sonne ..."
Er zeigte die Energiesituation in Mecklenburg-Vorpommern auf und ging auf die Perspektiven bis 2010 ein. 2003 wären 26 % der Energieerzeugung regenerativ gewesen. Davon waren 96 % Windkraft und ein kleiner Anteil Wasserkraft. Bei der Wasserkraft gäbe es übrigens auch Nutzungskonflikte, was z. B. das Aufsteigen von Fischen betrifft. Photovoltaik machte 2003 0,2 % aus und wird auch zukünftig gering sein.
2000 wurde eine Studie über die Potentiale der Biomasse zur Energieerzeugung in Mecklenburg-Vorpommern angefertigt. Danach wären 50 % der Energieerzeugung langfristig aus Biomasse realisierbar.
Aus den Prognosen bis 2010 sind erhebliche Zuwachspotentiale bei der Biogaserzeugung abzulesen, womit auch im Arbeitsplätze im nichtlandwirtschaftlichen Bereich gesichert werden können. Bei der Windenergie sind noch Ausbaupotentiale vorhanden, aber die sind begrenzt.
Er erklärte, dass mit 100 % erneuerbarer Energien natürlich nicht nur die Solarenergie im engeren Sinne gemeint ist - Solarthermieanlagen und Photovoltaikanlagen für die Stromerzeugung. Der Mix der erneuerbaren Energien wird sich im Laufe der Entwicklung ändern. Er ging darauf ein, dass zur Zeit z. B. auch Deponiegas genutzt wird. Bald werden die Deponien allerdings nicht mehr genügend Gas erzeugen. Er unterstrich, dass „die Nutzung von Deponiegas ein riesengroßer Beitrag zum Klimaschutz" sei, da das an dieser Stelle freiwerdende Methan eine gegenüber dem Kohlendioxid um den Faktor 52 höhere Klimaschadenswirkung aufweist.
Er betonte nochmals: „... das selbstverständlich das Einsparen und die Reduzierung des Energieverbrauchs auch in Deutschland die wichtigste Aufgabe ist und dass das über lange Zeiträume geschieht." Denn in absehbarer Zeit könnten die regenerativen Energieressourcen die konventionellen Energieträger noch nicht ersetzen.

Die Energiebilanz müsse so sein, dass mit einem geringen Energieaufwand solare bzw. erneuerbare Energie nutzbar ist: „Wenn das nicht auf Dauer geschieht, dann ist es eine Sackgasse. Ich bin aber davon überzeugt, dass dieses möglich ist unter der Bedingung, dass die Energieeffizienz steigt ..." Gegenwärtig betrage der Wirkungsgrad bei der Photovoltaik um 13 %, bei neuesten Technologien um 17 - 18 %, das wäre doch erst der Beginn und nicht das Ende der Effizienzentwicklung. Dazu wären aber entsprechende Subventionen notwendig, diese habe es in der Vergangenheit ja auch für die Nutzung von Kohle, Öl oder Atomenergie gegeben. Aber diese Finanzierung sei vertretbar, da sie eine „neue Option" aufmache, eine „neue Zukunft". Dann könne auch der Verbraucher stärker belastet werden, da es vernünftig wäre, wenn es auch einen wirtschaftlichen Antrieb gibt, weniger Energie zu verbrauchen.
Für die zukünftige Nutzung regenerativer Energiequellen ist nicht nur die Energieeffizienz, sondern auch die Umweltbilanz zu betrachten, nämlich z. B. die Schadwirkung von Emissionen. Er habe hohen Respekt vor der Wissenschaft und würde in aller Regel, wenn es möglich ist, vor politischen Entscheidungen die Wissenschaft fragen, die dann hoffentlich eine Antwort parat habe. Er bekräftigte die Ansicht, dass erneuerbare Energie ein Beitrag zum Frieden wären.

Jörg Staude gab zu bedenken, dass die Frage nach der Trennung der Energieerzeugung vom Netz in der Eu eine schwierige sei, schon deswegen, weil die Netzkosten nur 30 % des Endenergiepreises ausmachten. Aber wer das Netz hat, hat die Macht über das ganze System. Hier wäre eine Verstaatlichung bzw. zumindest eine stärkere öffentliche Kontrolle sinnvoll.

Im Anschluss ging **Saral Sakar** nochmals auf einige Redebeiträge ein.
Erneuerbare Energien als Friedensenergien zu bezeichnen, wäre nur ein schöner Slogan. In früheren Zeiten, vor der Nutzung fossiler Energien, gab es ja trotzdem auch Kriege.
Man müsse zwischen Energie- und Ökobilanz unterscheiden. Der Begriff der Ökobilanz sei nicht klar. Was wäre das für eine Ökobilanz, wenn ein Wasserstoffauto zwar keine Luft verpestet, aber zur Herstellung des Wasserstoffs eine Menge fossiler Energie benötigt wird.
Man müsse endlich einsehen, dass keine industrielle Ökonomie aufrecht erhalten werden kann, ohne die Umwelt zu zerstören.

Wolfgang Borchardt stimmte Saral Sakar zu, dass das Programm der PDS den Anforderungen eines Ökosozialismus nicht gerecht wird.
Über das Ziel ökologischer Sozialismus brauche man nicht zu streiten. Es bliebe aber die Frage, wie man da hinkommt. Wir beanspruchen als Partei keine absoluten Wahrheiten mehr, wie der Weg zu sein hat, Entwicklung gehe in kleinen und kleinsten Schritten voran. Insofern müsse man sich auf den „langen, steinigen Weg" begehen, den auch Wolfgang Methling beschritten hat.
Er halte nichts von der Formulierung, jede Biomasseenergiebereitstellung wäre energetisch parasitär, da das ja auch für einen Großteil des Lebens auf der Erde gelte.
Die Frage, warum die regenerativen Energien nicht zum Zuge kämen, wäre eigentlich ganz einfach zu beantworten, weil nämlich keine zahlungskräftige Nachfrage bestände. Wir befänden uns schließlich im Kapitalismus. Daraus ließe sich aber nicht ableiten, dass regenerative Energien nicht eine Chance hätten, die Energieversorgung der Menschheit zu gewährleisten.
Umweltzerstörisch wirke der Widerspruch zwischen Armut und Reichtum, andere Sichtweisen seien undialektisch.
Er ging auf den Begriff Ökobilanz ein. Die enthält die Energiebilanz und ist umfassender. Umweltzerstörung hat nicht nur mit energetischen Vor- und Nachteilen zu tun.

Anne-Kathrein Petereit ging auf Bemerkungen von Hanna Pankratz zu Malthus ein und meinte, dass wir uns wohl von einem angemaßten Recht, unsere Art auf Kosten anderer immer weiter zu vermehren, verabschieden müssen. Sie schloss mit folgendem Zitat von Rudolf Bahro: „Nur bei einem auf Subsistenzwirtschaft begründeten Lebensstil freiwilliger Einfachheit und sparsamer Schönheit können wir uns, wenn wir außerdem unsere Zahl begrenzen, auf der Erde halten."

Ilse Spahn sprach zum Problem der Klimaänderung auf der Erde und erinnerte in diesem Zusammenhang an die vorliegenden drei Berichte des Zwischenstaatlichen Ausschusses für Klimaänderung (IPCC) seit 1990.
Die von der Menschheit verursachte Klimaänderung sei zwar ein globales Problem, seine Lösung müsse aber regional betrieben werden, weil die Auswirkungen der Klimaänderung auch regional unterschiedlich sind. Zur Lösung müssten in den Regionen mit den konkreten Auswirkungen auch andere konkret wirkende Faktoren zusammengeführt werden, nämlich
1. Bevölkerung und Ursachen ihrer Entwicklung, die in erster Linie vom Bildungsstand und

der Stellung der Geschlechter in der Gesellschaft beeinflusst wird, 2. zur Verfügung stehende Flächen zur Nahrungsgüterproduktion, 3. verfügbares Wasser und verfügbare Energie.
Ein solches komplexes regionales Vorgehen wurde von der UN-Konferenz über Umwelt und Entwicklung 1992 in Rio empfohlen. Aber wo gibt es solche lokale Strategien? Wir bräuchten sie heute aber überall, denn wir können nicht auf den Ökosozialismus warten.

In seinem Schlusswort ging **Saral Sarkar** auf zwei Fragen ein.
Zunächst auf die Frage von Wolfgang Borchardt, wie er das Ziel Ökosozialismus erreichen wolle. Das, so meinte er, sei ein Thema für einen ganzen Tag, und er forderte die Ökologische Plattform auf, dazu noch einmal eine Veranstaltung durchzuführen. Richtig sei, wie W. Borchardt sagte, dass unsere Ziele nur in Etappen zu erreichen sind. In der ersten Etappe müssen wir Menschen für unsere Ziele gewinnen, über Diskussionen, Debatten, Konfrontationen. Er wolle „keine Bonbons" verteilen, sondern Menschen überzeugen. Wenn wir die Mehrheit für unsere Ziele gewonnen haben, können wir überlegen, wie wir eine ökosozialistische Gesellschaft schaffen. Es wäre zu einfach zu sagen, die Ziele entständen aus dem Kampf bzw. auf dem Weg. Auf dem Weg könne man den Kurs korrigieren, aber beim Start müsste schon die Richtung klar sein, sonst wisse man nicht, wo-
Zur Fortsetzung der Diskussion, dass dann, wenn es keine Menschen gäbe, auch keine Umweltprobleme gäbe, bemerkte er, dass wir halt da wären: „Wenn wir uns aber wie eine vernünftige Art verhalten, dann können wir auch leben, ohne ein Energieproblem zu haben ..." Die Umwelt würde dann nicht weiter zerstört werden. Eine wichtige Komponente vernünftigen Lebens wäre, unsere Anzahl zu begrenzen, aber wie? In Indien z. B. sind Kinder noch eine Altersversicherung. Das Problem ist offensichtlich in der kapitalistischen Gesellschaft nicht lösbar. Aber wenn eine ökosozialistische Gesellschaft die Altersvorsorge sichert, wäre auch der Inder zur Beschränkung seiner Kinderzahl bereit.

Wolfgang Methling legte am Schluss auf Anfrage zunächst die Situation und Position in der Frage des geplanten Kiesabbaus im Südwesten der Insel Rügen bei Neuenkirchen dar. Dort hatte ein Unternehmen gleich nach der Wende die Bergrechte erworben, um Kies abzubauen. In der Nähe befindet sich eine Vogelschutzinsel. Die Bevölkerung vor Ort, der Landkreis und auch der Umweltminister wollen diesen Kiesabbau aus Gründen des Naturschutzes und der Erhaltung des Gebietes für den sanften Tourismus nicht. Zuständig für die Genehmigung zum Kiesabbau war das Bergamt, das nach vielen Jahren der Diskussion 1999 den Abbau genehmigt hat, obwohl alle beteiligten Umweltbehörden dagegen votiert hatten. Wegen schwebender gerichtlicher Auseinandersetzungen – Klagen des BUND, der Gemeinde und des Landkreises gegen die Entscheidung des Bergamtes – wird bis heute kein Kies abgebaut. Das Umweltministerium von Mecklenburg-Vorpommern kann durch Einrichtung eines Naturschutzgebietes, wofür die Vorbereitungen getroffen wurden, die Entwicklung noch beeinflussen - möglicherweise: „Denn so scharf ... ist das Schwert des Naturschutzes nicht."
Vorerst wurde die einstweilige Sicherstellung des Gebietes als Naturschutzgebiet eingeleitet. Diese würde aber nur befristet gelten. Für eine Verordnung zur Festsetzung des Naturschutzgebietes, die vorbereitet ist, müsste man den Wirtschaftsminister, der natürlich eine andere Position hat, und den Landwirtschaftsminister gewinnen. Zur Zeit liegt auch eine Beschwerde bei der EU-Kommission vor, von der wir erhoffen, dass das Projekt wegen der Nähe zum Vogelschutzgebiet als unzulässig erklärt wird. Die zu beachtenden rechtlichen Probleme sind überdies sehr vielfältig. Es müsste z. B. auch gesichert werden, dass es nicht zu einer Entschädigungspflicht des Landes kommt. Selbst wenn es gelingt, eine Verordnung über die Einrichtung eines Naturschutzgebietes zu erlassen, könnte damit der Kiesabbau nicht grundsätzlich verhindert werden, denn sie könnte sich nur auf ein Drittel des vorgesehenen Abbaugebietes beziehen, da zwei Drittel des Gebietes nicht als Naturschutzgebiet klassifiziert werden können.
Zur Grünen Gentechnik: hatte Mecklenburg-Vorpommern im Zusammenhang mit dem Gentechnikgesetz im Bundesrat zwei Punkte in die Diskussion gebracht, 1. zur Definition für das In-den-Verkehr-bringen von Forschungsergebnissen und 2. die Errichtung eines Ausgleichfonds für durch Anwendung von GVO in der Landwirtschaft entstehende Schäden bei konventionell wirtschaftenden und Biobauern. Die Bundesregierung unterstelle einerseits, dass eine Koexistenz – also ohne Schadeinwirkungen – mit GVO-Anwendern möglich wäre, obgleich erwiesenermaßen eben nicht in allen Bereichen, war aber andererseits nicht bereit, die Schadensersatzfrage im Gesetz zu regeln. Sie bekundete schließlich in einer Erklärung ihre Absicht, diese Frage nachträglich zu

regeln, was dann auch zur Zustimmung Mecklenburg-Vorpommerns zum Gesetz im Bundesrat geführt hat.
Die Meinung innerhalb der PDS zur Grünen Gentechnik sei nicht einheitlich, generell halten aber wohl alle ihren Einsatz weder für nötig noch sinnvoll.
Zum auf dem Parteitag gezeichneten sogenannten „strategischen Dreieck" der PDS-Politik befragt, meinte W. Methling, dass er sich eine ganze Reihe ökologierelevanter Politikbereiche, darunter insbesondere die Art der Energieversorgung, die Verkehrs- und die Steuerpolitik, vorstellen könne, in denen Konzepte entwickelt werden müssten, die an die Grenzen der kapitalistischen Ordnung stoßen, weil sie weit über die Marktwirtschaft hinausweisen. Bei all dem müsse mit unterschiedlichen gesellschaftlichen Gruppen zusammen gearbeitet werden, um auch die eigenen Konzepte weiterzuentwickeln. Denn so, wie man sich nicht ohne Zielvorstellung auf den Weg machen könne, ergäben sich natürlich die größten Schwierigkeiten auf dem Weg und erst dort lerne man, wie der jeweils nächste Schritt aussehen könnte.
Abschließend sprach sich W. Methling für ein noch engeres Zusammenwachsen aller Gruppen in der PDS, die sich mit Ökologie befassen, aus. Alle hätten die große Aufgabe, Vorschläge und Projekte für ökologisch hilfreiche und machbare Schritte vorzulegen, die die Politikfähigkeit der PDS auch auf diesem Gebiet stärken.

Für die Ökologische Plattform fasste am Ende der Veranstaltung **Petra Beck** die Diskussion zusammen. Die Plattform verfolge seit ihrem Bestehens das Ziel, den ökologischen Gedanken in der Politik der PDS stärker zu verankern, da es soziale Gerechtigkeit nicht ohne die ökologische nicht geben kann. In den armen Ländern der Erde zeige sich schon jetzt, dass Naturkatastrophen, die künftig noch häufiger auftreten könnten, die ärmeren Schichten besonders hart treffen. Das nicht zu berücksichtigen, würde für die PDS bedeuten, eine falsche Politik zu machen. Leider verträten noch viele Mandatsträger besonders auf kommunaler Ebene die Meinung, dass die PDS mit ökologischer Politik niemanden gewinnen könne. Auch aus diesem Grunde werden wir von so manchem noch nicht gewählt. Andererseits gäbe es auch gegenteilige Erlebnisse. So sagte ihr jemand vor der Europawahl, dass in seiner Bekanntschaft die PDS wegen der guten Position zur Grünen Gentechnik im Wahlprogramm gewählt wurde. Hier haben wir konkrete Zeichen dafür, wie wichtig ein klares ökologisches Profil für die Wahlen im Jahre 2006 ist. Insbesondere unter jungen Menschen und unter den vielen enttäuschten Grünen in der alten Bundesrepublik können und müssen wir damit wieder viele Wähler gewinnen. Es kann nicht verstanden werden, wie sich manche in unserer Partei damit so schwer tun. Sie glaube auch wie Saral Sarkar, dass die ökologische Frage im Kapitalismus nicht lösbar sei. Daher sind wir auch verpflichtet, Visionen für eine bessere Gesellschaft zu entwickeln. Für den Disput innerhalb der Partei gehe es auch um die weitere Klärung von Begriffen, damit man erreiche, dass alle dasselbe meinen, wenn über strittige Themen diskutiert wird. Das beträfe insbesondere den Begriff des Wirtschaftswachstums. Die Ökologische Plattform will sich im nächsten Jahr in starkem Maße mit der Energieproblematik beschäftigen.

Vom Öko-Sein der Sozialisten - PDS verlor im Urteil der Bürger an umweltpolitischer Kompetenz

Jörg Staude
(Neues Deutschland 03.01.2005)

Alle zwei Jahre erfragt das Umweltbundesamt das Umweltbewusstsein der Deutschen, darunter auch deren Vertrauen in die Öko-Kompetenz von Parteien. Wie andere Organisationen musste auch die PDS hier Verluste hinnehmen.
Dass Parteien, wenn es um ihre umweltpolitische Kompetenz geht, generell schlechter abschneiden als Verbände, Behörden oder Bürgerinitiativen, verwundert nicht. Erstaunlich ist auch nicht, dass die Ökokompetenz der Parteien in den Augen der Bevölkerung nachgelassen hat: Mit dem Ökothema gewinnt man derzeit keine Aufmerksamkeit des Wählers und auch keine Wählerstimmen. Der faktische Stillstand in der aktuellen Umweltpolitik spricht eine deutliche Sprache: Die Regierungsparteien weigern sich, die Ökosteuer weiterzuentwickeln, der Klimaschutz erschöpft sich in der Alibi-Politik, von einer Verkehrswende ist die Bundesrepublik weiter entfernt denn je.
Im dem „ökofeindlichen" Kontext hat es die PDS zweifellos schwer, sich gegen den Mainstream in der Umweltpolitik zu stemmen. Dennoch muss zu denken geben, dass das Vertrauen in die umweltpolitische Kompetenz der PDS in den letzten Jahren noch zurückging und 2004 nicht nur hinter dem Wert für alle

Parteien, sondern auch noch hinter den der Industrie zurückfiel. Nur im Osten lag die PDS 2004 im Mittelfeld und vor der politischen Hauptkonkurrenz von SPD und CDU. Hier spiegelt sich die engagierte Umwelt-Arbeiter vieler PDS-Politiker, ehren- wie hauptamtlich, in den neuen Ländern wider. Allerdings bleibt festzuhalten, dass auch im Osten das Vertrauen in die Ökokompetenz der PDS abnahm: Der schon seit 1998 stabile Wert von 3,4 verschlechterte sich auf 3,6.

Vertrauen in Einrichtungen, Organisationen und Parteien

	Erhebung 2000		Erhebung 2004	
	West	Ost	West	Ost
Umweltschutzorganisationen und -verbände	2,3	2,4	2,3	2,3
Bürgerinitiativen	2,5	2,5	2,4	2,5
Verbraucherberatung/Verbraucherverbände	2,6	2,7	2,5	2,8
Umweltschutzbehörden	2,6	2,6	2,7	2,6
Industrie	4,0	3,9	4,0	4,0
Bündnis 90/Die Grünen	2,8	3,2	3,0	3,2
SPD	3,3	3,5	3,6	3,7
CDU/CSU	3,8	3,8	3,6	3,8
FDP	3,9	3,9	3,9	3,9
PDS	4,2	3,4	4,2	3,6

Im dem „ökofeindlichen" Kontext hat es die PDS zweifellos schwer, sich gegen den Mainstream in der Umweltpolitik zu stemmen. Dennoch muss zu denken geben, dass das Vertrauen in die umweltpolitische Kompetenz der PDS in den letzten Jahren noch zurückging und 2004 nicht nur hinter dem Wert für alle Parteien, sondern auch noch hinter den der Industrie zurückfiel. Nur im Osten lag die PDS 2004 im Mittelfeld und vor der politischen Hauptkonkurrenz von SPD und CDU. Hier spiegelt sich die engagierte Umwelt-Arbeiter vieler PDS-Politiker, ehren- wie hauptamtlich, in den neuen Ländern wider. Allerdings bleibt festzuhalten, dass auch im Osten das Vertrauen in die Ökokompetenz der PDS abnahm: Der schon seit 1998 stabile Wert von 3,4 verschlechterte sich auf 3,6.

Das erscheint gerade gegenüber dem selbst gewählten Anspruch der Sozialisten ärgerlich. „Man kann für die Umwelt kämpfen, ohn e Sozialist zu sein, aber nicht Sozialist sein, ohne die Umwelt zu schützen", hatte Mecklenburgs Umweltminister Wolfgang Methling (PDS) Mitte November in Berlin auf einem Workshop der Ökologischen Plattform bei der PDS betont. Dass die abnehmende Öko-Akzeptanz in der Öffentlichkeit weniger an den programmatischen Aussagen der Partei liegt, darüber war man sich auf dem Workshop im Großen und Ganzen einig. Die grundsätzliche Kritik des Radikalökologen Saral Sakar fand dort keine Mehrheit. Sakar verlangte nicht mehr und nicht weniger als eine Rückentwicklung der Industriestaaten zu einem „mittleren" Technologie und Lebensniveau. Aus seiner Sicht - er kommt aus Indien - ist dies konsequent: Denn viele Länder dieser Erde, die sich an der „Schwelle" zu einem Industriestaat westlicher Prägung befinden, belasten pro Kopf die Umwelt wesentlich weniger als die so genannten reichen Staaten, deren Produktions- Und Lebensweise sich eben global als nicht tragfähig erweist. Für die PDS kann dies aber keine politische Perspektive sein, sie würde sich absehbar zu einer Öko-Sekte degradieren.

Mit einer wesentlich praktikableren Vision hatte Wolfgang Methling die linke Politikwelt schon Ende Oktober überrascht: Bis zum Jahr 2050 könnte die Bundesrepublik ihre Energiebasis zu 100 Prozent auf erneuerbare Quellen umstellen. Das Ziel geht deutlich über die üblichen rot-grünen Energiewendeszenarien hinaus, ist klimapolitisch geboten, setzt stark aufs Energiesparen und hält auch für den Osten einiges an wirtschaftlichem Entwicklungspotenzial bereit. 100 Prozent Erneuerbare bis 2050 könnte so ein Markenzeichen ökologischer PDS-Politik werden.

Erstaunlicherweise erntete Methling für seinen Vorschlag, der bisher über den Zirkel von Umwelt- und Energieexperten hinaus wenig bekannt ist, nicht nur Lob, sondern auch Kritik - frappierenderweise nicht nur von traditionell auf fossile Brennstoffe und Atomkraft orientierten Experten, sondern auch von linken Ökologen. Beide Gruppen bedienen sich dabei ähnlicher Argumente. Diese bauen in erster Linie auf den Fakt, dass die Energiedichte vor allem der solaren Quellen im engeren Sinne (Solarstrom, -thermie sowie Wind) gering ist, das „Einsammeln" dieser Energie viel Aufwand

kostet und also ineffizient sei. Für Sakar ist der Boom der Erneuerbaren nur möglich, weil sie die konventionelle Energiebasis (vermittelt durch die Förderung) als „Startrampe" nutzen. Die Energiebilanz der Erneuerbaren allein, so seine These, wäre negativ.
Dagegen ist ins Feld zu führen, was Methling auf der Konferenz auch tat, dass neue Basistechnologien historisch gesehen immer im Schoße der alten entstehen und ohne kräftige Hilfe von außen nie den heutigen Wert erlangt hätten. Ökonomisch ist zu betonen, dass die seit einigen Jahren anhaltende Ausweitung erneuerbarer Energiequellen geradezu eine Voraussetzung für ihre betriebswirtschaftliche Effizienz ist. Erst wenn eine Technologie bestimmte Marktanteile und Produktionsgrößen erreicht, ist sie in der Lage, sich selbst zu tragen. Entscheidend ist nicht der heutige Zustand der Erneuerbaren, sondern ihr Entwicklungstrend. Und der zeigt klar in Richtung Zukunftsfähigkeit. Für Methling bevorzugen die Sozialisten erneuerbare Energien auch wegen der weit besseren Umweltverträglichkeit, besonders hinsichtlich des Klima- und Atommüll-Problems - es komme eben auf die Öko- und nicht allein auf die Energiebilanz an. Er kündigte an, dass sich der Parteivorstand bis zum Frühjahr ausführlich mit dem Zustand der PDS-Ökopolitik befassen will. Dazu ist es offenbar auch höchste Zeit.

Erklärung zum Tod des französischen Atomkraftgegners

Die TeilnehmerInnen eines Workshops der Ökologischen Plattform bei der PDS haben mit Bestürzung und Trauer die Nachricht vom Tode des französischen Atomkraftgegners Sebastien Briat zur Kenntnis genommen. Im 23. Lebensjahr musste er sterben, weil er sich für das Überleben der heutigen und künftigen Generationen einsetzte, das von den Atomkraftwerksbetreibern und ihrer Lobby im Interesse des Profits aufs Spiel gesetzt wird.
So wie wir unsere Stimme gegen immer weitere Produktion von Atommüll, gegen sinnlose Transporte dieses Mülls ohne Lösung der Frage einer Endlagerung erheben, so haben alle gewaltfreien Proteste und Aktionen gegen diesen Tanz auf dem Vulkan unsere uneingeschränkte Solidarität. Denn die Bevölkerung hat ein Recht, seine Gesundheit und sein Überleben einzuklagen wenn sich die Regierungen als unfähig erweisen, diese zu gewährleisten.
Mit der Atomenergie muß endlich und endgültig Schluß gemacht werden. Jedwede Beteiligung an Forschung oder Produktion für Atomkraftwerke wo immer in der Welt ist von deutscher Seite zu beenden. Alle Forschungskräfte sind anstelle darauf auf erneuerbare Energien zu konzentrieren.
Von den französischen Ordnungskräften fordern wir unverzügliche und rücksichtslose Aufklärung des Vorfalls. Der leichtsinnige Umgang mit Menschenleben muß geahndet werden.

Berlin, 13.11.2004

Zum Zustand der Wälder

Böse Weihnachtsüberraschung - Waldschäden so hoch wie noch nie

Schutzgemeinschaft Deutscher Wald e. V. und Deutscher Naturschutzring (Presseinformation 08.12.2004)

- jeder dritte Baum krank
- nur nachhaltige Mobilität kann den Wald retten

31% des Waldes sind deutlich geschädigt

Fast ein Drittel der Waldfläche zeigt in diesem Jahr deutliche Schäden! Damit sind die Waldschäden in Deutschland insbesondere bei Buche und Eiche so hoch wie nie zuvor. Die Schutzgemeinschaft Deutscher Wald (SDW) sieht vordringlichen Handlungsbedarf schwerpunktmäßig in der Verkehrspolitik.

Verkehr und Landwirtschaft als Ursache

Der Wald ist durch Schadstoffbelastungen seit Jahrzehnten geschwächt. Der hohe Eintrag von Stickstoffverbindungen aus Verkehr und

Landwirtschaft führt zu einer Versauerung der Böden, die den Zustand der Bäume erheblich beeinträchtigt. Kommen zusätzliche Stressfaktoren wie Hitze und Trockenheit des Sommers 2003 hinzu, kann der Wald diesen Stress nicht mehr ausgleichen.
Vor allem Buchen, Eichen und Fichten sind in einem Maße wie noch nie geschädigt. 65 % der älteren Buchen und die Hälfte der älteren Fichten und Eichen zeigen deutliche Schäden.

Zeit zum Handeln

„Die Zeit der Lippenbekenntnisse ist vorbei", bringt Bernd Krebs, Bundesgeschäftsführer der SDW, die Lage auf den Punkt. „Nun muss endlich gehandelt werden. Eine nachhaltige Verkehrspolitik geht uns alle an." "Das Waldsterben geht weiter und die Bundesregierung schaut zu", ergänzt der Präsident des Deutschen Naturschutzringes, Hubert Weinzierl, die Einschätzung der Situation.

Forderungen an die Politik

Studien im Auftrag des Umweltbundesamtes beweisen, dass die meisten Ziele, die sich die Bundesregierung im Verkehrsbereich gesetzt hat, mit der „überkommenen" Verkehrspolitik und deren Strukturen kurz- und mittelfristig nicht erreicht werden können.
Folgende Maßnahmen würden die Schadstoffbelastung aus dem Verkehr, dem Hauptverursacher der Waldschäden, verringern, allerdings auch Einschnitte für Bürgerinnen und Bürger bedeuten:

- Einführung einer kohlendioxidbezogenen Kfz-Steuer
- Überprüfung der Höhe der geplanten Lkw-Maut und Ausdehnung auf alle Bundesfernstraßen
- Erhebung einer Kerosinsteuer für den europaweiten Flugverkehr
- Reduzierung der Entfernungspauschale für Fahrten zwischen Wohnort und Arbeitsstätte

Durch die Umsetzung dieser sofort realisierbaren Maßnahmen verringert sich nicht nur der private Pkw-Verkehr, sondern werden auch Pkw, die weniger Kraftstoff verbrauchen, begünstigt. Die seit langem geforderte Verlagerung des Güterverkehrs von der Straße auf die Schiene, seit der EU-Erweiterung besonders aktuell, würde durch die erhöhte Lkw-Maut für Transportunternehmen finanziell interessant. Hier müssten die zu erzielenden zusätzlichen Einnahmen einer erhöhten Lkw-Maut in den Ausbau der Kapazitäten und der Beschleunigung der Güterbeförderung bei der Bahn investiert werden.
Nach Auffassung der Schutzgemeinschaft Deutscher Wald (SDW) und des Dt. Naturschutzringes (DNR) sind von der Politik endlich mutige – wenngleich auch unpopuläre – Sofortmaßnahmen gefordert, denn „der Patient Wald befindet sich auf der Intensivstation". "Es ist überfällig, den Wald wieder als Basis unserer Kultur und nicht nur als grüne Kulisse oder Christbaumlieferant zu werten", so Hubert Weinzierl vom DNR.

Die Schutzgemeinschaft Deutscher Wald (SDW) ist eine der ältesten deutschen Umweltschutzorganisationen. Am 5. Dezember 1947 wurde die SDW in Bad Honnef bei Bonn gegründet. Heute sind in den 15 Landesverbänden rund 25.000 aktive Mitglieder organisiert. Ziel des Verbandes ist es, den Wald als unverzichtbaren Bestandteil der Umwelt für den Menschen zu erhalten. Die Verbands- und Fachzeitschrift "Unser Wald" erscheint alle zwei Monate in einer Auflage von 10.000 Stück.
Anschrift: Schutzgemeinschaft Deutscher Wald e. V. – Meckenheimer Allee 79 – 53115 Bonn
Kontakt: Fr. Krömer-Butz, Tel.: 0228 9459835, Hr. Stengert: Tel.: 0228 9459834, Fax: 0228 9459833, Mail: presse@sdw.de, Web: www,sdw,de

„Der Straßenverkehr brummt und der Wald stirbt!"

Allianz pro Schiene (Pressemitteilung 08.12.2004)

Jetzt ist es amtlich: Dem deutschen Wald geht es so schlecht wie schon lange nicht mehr. Ein wichtiger Grund dafür sind neben der Klimaerwärmung die Emissionen aus dem Straßenverkehr und der Landwirtschaft. Angesichts der Dramatik der Entwicklung fordert die Allianz pro Schiene ein konsequentes Umdenken in der Verkehrspolitik. „Der Bericht ist alarmierend. Die Bundesregierung sollte ihre selbst gesteckten Ziele, mehr Güter auf die Schiene zu bringen, schnellstmöglich in die Tat umsetzen, sonst brauchen wir bald keine Waldzustandsbericht mehr", forderte Allianz pro Schiene Geschäftsführer Dirk Flege.
Experten sind sich einig, dass dem Wald langfristig nur Maßnahmen gegen den Klimawan-

del helfen. Dazu gehört, dass der Kohlendioxid- und Schadstoffausstoß von Kraftfahrzeugen und Industrieanlagen weiter verringert wird.
Zur Rettung der stark geschädigten Wälder in Deutschland plädierte Staatssekretär Matthias Berninger aus dem Verbraucherschutzministerium bereits vor der Veröffentlichung des Waldzustandsberichtes 2004 für eine „Verkehrswende": „Wer ab und zu Bahn fährt und dafür das Auto stehen lässt, der hilft dem deutschen Wald", so Berninger in der Berliner Zeitung.
Wir brauchen keine standortangepassten Wälder, wie einige meinen, sondern der Standort sollte die Bedürfnisse der Natur stärker berücksichtigen, und dazu gehört eben auch, umweltfreundlichen Verkehrsträger wie die Eisenbahn stärker zu fördern und nicht gegenüber Straße und Luftfahrt unnötig zu behindern", so Allianz pro Schiene Geschäftsführer Dirk Flege weiter.

Die Allianz pro Schiene ist das Bündnis in Deutschland zur Förderung des umweltfreundlichen und sicheren Schienenverkehrs. Im dem Bündnis haben sich 1 gemeinnützige Vereine zusammengeschlossen, darunter die Umweltverbände BUND, NABU und NaturFreunde Deutschland, die Verbraucherverb#ände Pro Bahn und VCD, sowie alle Gewerkschaften aus dem Bahnbereich. Die Mitgliedsverbände vertreten mehr als 1,5 Millionen einzelmitglieder. Unterstützt wird das Schienenbündnis von 53 bahnnahen Unternehmen.
Kontakt: Frauke Lendowsky -Referentin Kommunikation, Tel.: 030 275945-62, Mail: frauke.lendowsky@allianz-pro-schiene.de, Web: allianz-pro-schiene.de

Erst stirbt der Wald, dann stirbt der Mensch

Idee: G. Bruns

Diese etwa
100 Jahre alte Buche
sollten Sie sich etwa 20 m hoch
und mit etwa 12 m Kronendurchmesser vor-
stellen. Mit ihren 600000 Blättern verzehnfacht
sie ihre 120 m² Standfläche auf etwa 1200 m² Blattfläche.
Durch die Lufträume des Schwammgewebes entsteht eine Zell-
oberfläche für den Gasaustausch von etwa 15 000 m², also zwei Fuß-
ballfelder! 9400 Liter = 18 kg Kohlendioxid verarbeitet dieser Baum
an einem Sonnentag. Das ist der durchschnittliche Kohlendioxidabfall
von zweieinhalb Einfamilienhäusern. Bei einem Gehalt von 0,03 %
Kohlendioxid in der Luft müssen etwa 36 000 m³ Luft durch diese
Blätter strömen mitsamt den enthaltenen Bakterien, Pilzsporen,
Staub und anderen schädlichen Stoffen, die dabei größtenteils im
Blatt hängen bleiben. Gleichzeitig wird die Luft angefeuchtet,
denn etwa 400 Liter Wasser verbraucht und verdunstet der Baum an
demselben Tag. Die 13 kg Sauerstoff, die dabei vom Baum durch die
Photosynthese als Abfallprodukt gebildet werden, decken den Bedarf
von etwa 10 Menschen. Für sich produziert der Baum an diesem Tag
12 kg Zucker, aus dem er alle seine organischen Stoffe aufbaut.
Einen Teil speichert er als Stärke, aus dem anderen baut
er sein neues Holz. Wenn nun der Baum gefällt wird zur
bequemeren Bearbeitung des Ackers, auf Antrag
des Automobilclubs, weil der Baum zu viel
Schatten macht
oder gerade
dort ein Geräte-
schuppen auf-
gestellt werden
soll, so müsste
man etwa 2000
junge Bäume mit
einem Kronenvolumen
von 1 m³ pflanzen,
wollte man ihn vollwertig ersetzen.
Die Kosten dafür dürften etwa 125 000 € betragen.

Wissenswertes

Umwelt- und Naturschutz ist Verlierer des neuen Gentechnikgesetzes - Koexistenz von Genpflanzen-Anbau und Schutzgebieten nicht geregelt

Quelle: Steffi Ober, NABU-Gentechnikexpertin

Der Naturschutzbund NABU hat das heute vom Bundestag beschlossene neue Gentechnikgesetz grundsätzlich begrüßt, sieht aber den Umwelt- und Naturschutz als Verlierer dieser Neufassung. Während der erste Gesetzesentwurf für den Umwelt- und Naturschutz noch recht positiv ausgesehen habe, sei dieser Bereich bei der Anpassung zu einem Gesetz ohne Zustimmungspflicht des Bundesrates stark beschnitten worden, sagte NABU-Präsident Olaf Tschimpke: „Eine beim Bundesamt für Naturschutz angesiedelte Monitoringstelle, die eine neutrale Überwachung gewährleisten könnte, ist schlicht unter die Räder gekommen.“ Der NABU sehe die direkten und indirekten ökologischen Schäden durch die Agro-Gentechnik unzureichend berücksichtigt. Als Folge der sich ändernden landwirtschaftlichen Praxis müsse mit industriellen Monokulturen und weiterem Artenschwund sowie dem Verlust der landestypischen Identität der Kulturlandschaft gerechnet werden.
„Ohne eine ökologische Risikoabschätzung mit dem entsprechenden Sachverstand können der heimischen Natur durch den Einsatz der Grünen Gentechnik massive Nachteile entstehen“, so Tschimpke. In Naturschutzgebieten drohe eine unberechenbare Kontamination mit gentechnisch veränderten Organismen (GVO). Der NABU kritisierte, dass die geplante Koexistenzvorschrift kein Wort über Koexistenz mit Schutzgebieten verliere, obwohl in der Praxis die meisten Freisetzungsanträge wegen der Naturschutzbelange und der Vorsorgepflicht für die biologische Vielfalt strittig seien. „Gerade bei den neuen Pflanzen der zweiten und dritten Generation zählen in erster Linie die Umweltaspekte“, so Tschimpke. Pharmapflanzen und maßgeschneiderte Industriepflanzen bedrohten die Zusammensetzung der Pflanzenwelt und die biologische Vielfalt in nicht bekanntem Ausmaße.
Angesichts der Mängel des Gentechnikgesetzes forderte der NABU, auch zum Schutz von Natur und Umwelt eine größt mögliche Transparenz des GVO-Anbaus in Deutschland zu gewährleisten und schnellstens ein öffentliches Anbauregister einzurichten. An die Bundesländer, die sich im Gesetzgebungsprozess nicht gerade verantwortungsbewusst verhalten hätten, appellierte der NABU, fachliche Kompetenz in ihren Ministerien für eine sachgerechte Prüfung der Umwelt- und Naturschutzaspekte bereitzustellen.

Wasserkraft: Beachtliche Steigerungspotentiale

Quelle: http://www.rio-s.de

Die Bevölkerung mag sie: die Wasserkraft. Über 80 % der Deutschen hatten in einer Umfrage die Bewegung des tosenden Nass als „Wunschenergie“ bezeichnet. Diese Wünsche würde die „Arbeitsgemeinschaft Wasserkraftwerke Baden-Württemberg e. V.“ (AWK) gerne Wirklichkeit werden lassen. Bei ihrer Jahreshauptversammlung am 29. Oktober 2004 in Jagsthausen wies die AWK auf weitere 17 Mrd. kWh hin, die Wasserkraft pro Jahr in Deutschland gewinnen könnte. Also etwa so viel wie der Ertrag aus zwei Atomkraftwerken oder: genug für den privaten Bedarf der Bevölkerung von Baden-Württemberg.
Rund 80000 Wassertriebwerke: So viele Anlagen ratterten, surrten und brummelten im 19. Jahrhundert zwischen Waterkant und Alpen. Im Jahr 2000 waren es noch etwa 8000. Also gerade mal ein Zehntel. Zwar zieht daraus in der Wasserkraft-Fachwelt niemand den Schluss, dass sich der Stromertrag aus der Energie des treibenden Nass in Kürze verzehnfachen ließe. Aber fast eine Verdoppelung wäre schon drin. Also von 25 Mrd. kWh pro Jahr auf gut 40 Mrd.
Diese Steigerung der Stromproduktion halten sowohl Fachfirmen für möglich als auch die „Arbeitsgemeinschaft Wasserkraftwerke Baden-Württemberg e. V.“ (AWK). Ihr gehören gut 750 Mitglieder an - ehemalige Mühlen, Inhaber von Gewerbebetrieben mit Wasserkraft, gemeindeeigene Energieversorger. Von diesen Betrieben und ihren Zuliefer-Unternehmen leben rund 10000 Menschen.
Bei ihrer Jahreshauptversammlung in Jagsthausen wies die AWK allerdings darauf hin, dass Wasserkraft in Deutschland massiv ab-

gewürgt wird. Vor allem behördliche Blockaden bremsten oft jahrelang - manchmal sogar Jahrzehnte. Dabei würden Sanierungen, Optimierungen und Neubauten allein in Baden-Württemberg Investitionen von etwa sechs Mrd. € auslösen. Ein enormer Schub - sowohl für den Maschinenbau als auch die Bauwirtschaft. Und damit heimische, bewährte, absolut klimaschonende und bei der Bevölkerung beliebte Energiegewinnung. Angesichts der Entwicklungen auf dem Arbeitsmarkt und bei den Energiepreisen forderte die „Arbeitsgemeinschaft Wasserkraftwerke Baden-Württemberg e. V." die Stuttgarter Landesregierung dringend dazu auf, oft jahrelang bremsende bürokratische Blockaden abzubauen und eigenen Vorgaben aus der Zeit gegen Ende der 1980er Jahren zu folgen: gut 900 neue Genehmigungen für Wasserkraftanlagen im Landcaus nachwachsenden Rohstoffen. „Mit dem Rohstoffbonus kann endlich das große Potenzial von Energiepflanzen zur Stromerzeugung genutzt werden", so Lackmann. Damit könne zudem vielen landwirtschaftlichen Betrieben eine neue Perspektive zum Fortbestand gegeben werden. Mit erhöhten Innovationsbonus für neue und effiziente Techniken der Kraftwärmekopplung hätten die Koalitionsfraktionen den Gesetzentwurf der Regierung deutlich verbessert.
Einschnitte gibt es allerdings bei der Windkraft. Die Vergütungen werden hier gegenüber dem ohnehin restriktiven Regierungsentwurf noch einmal gekürzt. „Die Kürzungen werden Spuren hinterlassen", so der BEE-Präsident. Der BEE sieht dies allerdings auch als Herausforderung: „Wenn die Kürzungen durch technischen Fortschritt ausgeglichen werden können, ist Windstrom bereits in weniger als 10 Jahren billiger als Strom aus Kohle oder Erdgas."
Als weitere Einschnitte zählt Lackmann die Aufnahme einer erhöhten Degression für Solarstromanlagen auf Freiflächen, Kürzungen bei großen Holzkraftwerken und die Aufweitung der Härtefallregelung auf.
Die bereits auf Kabinettsebene beschlossene Schlechterstellung der kleinen Wasserkraft werde durch eine Regelung für ökologische Modernisierungen nur geringfügig gemildert. „Es bleibt leider bei ungerechtfertigten Härten für die Wasserkraftnutzung", so Lackmann. Ganz anders bei der Erdwärme. Lackmann: „Mit den neuen Vergütungssätzen wird Erdwärme zukünftig eine ernstzunehmende Rolle in der Stromversorgung spielen."
Deutliche Verbesserungen gegenüber dem bestehenden EEG sieht der BEE ferner in den Regelungen für eine verbesserte Kostentransparenz und in der Klärung vieler Konfliktpunkte beim Netzzugang. „Vor diesem Hintergrund erscheint die neu aufgenommene Zielsetzung von 20% Strom aus Erneuerbaren Energien bis 2020 zwar ehrgeizig aber machbar", so Lackmann.

China will 20000 MW Windstrom

Quelle: http://www.sonnenseite.de

Die Volksrepublik China will bis zum Jahr 2020 mehr als 20.000 Megawatt Windstrom installiert haben. Das wäre etwa ein Viertel mehr als Deutschland heute installiert hat. Kleine Windräder mit nur wenigen Kilowatt Leistung drehen sich in China schon seit Jahrzehnten: Etwa 300.000 - so schätzt der chinesische Windenergieverband - und zwar hauptsächlich in der inneren Mongolei. Diese Zahl nannte der Generalsekretär des Weltenergieverbandes Stephan Gsänger nach Gesprächen mit der chinesischen Regierung in Peking wie auch mit Vertretern des chinesischen Windverbandes.

Neuer Wind für Windstrom in Frankreich

Quelle: http://www.sonnenseite.de

Nachdem Frankreich in seinem Erneuerbaren Energiengesetz den Windstrom attraktiv fördert, wird nun ein Windpark nach dem anderen errichtet. Soeben hat die deutsche juwi-Gruppe aus Mainz mit dem Bau des Windparks Lanrivoaré (Bretagne) begonnen. Ab Juni 2005 werden drei Windräder von je 1,3 MW etwa 10 Mill. kWh sauberen Strom pro Jahr erzeugen. Es handelt sich um drei Anlagen vom Typ Nordex N60. Damit können rund 13000 Menschen versorgt werden. Der neue Windpark Lanrivoaré liegt nur wenige Kilometer vom Windpark Plouguin entfernt, den juwis französische Tochter juwi énergie éolienne S. A. R. L. mit fünf 2-MW-Anlagen im Oktober 2004 in Betrieb nahm. Dieser Windpark produziert Strom für etwa 32000 Menschen. In den nächsten Jahren sollen in Frankreich mehrere tausend Windräder installiert werden. Frankreich will seinen Ökostromanteil bis 2010 vervierfachen. Derzeit sind 340 MW Windstrom installiert.

Gewerkschaft, Umweltverbände und Unternehmer fordern Weiterentwicklung der ökologischen Steuerreform (Gemeinsame Presseerklärung von BUND, IG Bauern-Agrar-Umwelt und UnternehmensGrün)

Quelle: http://www.bund.net

Umwelt- und Unternehmerverbände sowie die Gewerkschaft IG Bau verlangen von der Bundesregierung die Fortsetzung der ökologischen Steuerreform im kommenden Jahr. Rot-Grün habe in ihrer Koalitionsvereinbarung festgelegt, bereits 2004 darüber zu entscheiden. Entsprechende Beschlüsse seien jedoch bisher vertagt worden. Die 24 Organisationen mit zusammen über fünf Millionen Mitgliedern fordern von der Bundesregierung klare Aussagen, wie sich die Energiesteuern in den nächsten Jahren entwickeln sollen. Ungerechtfertigte Steuervergünstigungen wie jene für den Flugverkehr müssten abgebaut werden. Schnellstmöglich umzusetzen sei auch die europäische Energiesteuer-Richtlinie und die Harmonisierung der europäischen Energiesteuern. Außerdem könne die Ermäßigung der Mehrwertsteuer für Bahntickets helfen, wieder mehr Fahrgäste in die Züge zu bringen. Maßnahmen zur Förderung der Altbausanierung und die Einrichtung eines Fonds für stromeffiziente Techniken könnten zusätzlich zum Energiesparen motivieren. Angelika Zahrnt, Vorsitzende des Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland (BUND): „Die ökologische Steuerreform ist ein Erfolgsmodell. Die Lohnnebenkosten werden niedriger, Energie wird gespart. Dieser Weg muss fortgesetzt und ausgebaut werden."
Klaus Wiesehügel, Bundesvorsitzender der Industriegewerkschaft Bauen-Agrar-Umwelt: „Die ökologische Steuerreform hilft, die Sozialsysteme zu stabilisieren und Arbeitsplätze zu sichern. Ohne Ökosteuern läge der Rentenbeitrag heute um 1,7 Prozentpunkte höher."
Gottfried Härle, Vorstand des Verbandes UnternehmensGrün: „Die Abgaben auf Arbeit sind im Vergleich zu Umweltsteuern immer noch zu hoch. Je früher sich die deutsche Volkswirtschaft auf steigende Energiepreise einstellt, desto unabhängiger sind wir, wenn es mit der Verknappung der Ressourcen noch ernster wird."
Neben den drei genannten Organisationen unterstützen u.a. der Unternehmerverband B.A.U.M., die Bundesverbände Kraft-Wärme-Kopplung und Erneuerbare Energien, die Verbraucher Initiative, die Umweltverbände Deutscher Naturschutzring (DNR), der Naturschutzbund NABU, Greenpeace, der World Wide Found for Nature (WWF), die Katholische Landjugendbewegung und das Forum Umwelt und Entwicklung die Initiative.

Deutscher Naturschutzring stellt Konzept für neue Energiepolitik vor - Bundesregierung zum Handeln aufgefordert

Pressemitteilung Deutscher Naturschutzring (DNR) 17/2004 (14.12.2004)

„Die Gesellschaft muss sich mit dem Ende des quantitativen Wirtschaftswachstums auseinandersetzen. Das bedeutet vor allem das Ende des alten Energieregimes. Die Energiefrage ist der Mittelpunkt allen Lebens und muss von der Frage des Wirtschaftswachstums entkoppelt werden. Deshalb braucht Deutschland auch ein Gesamt-Energiekonzept für die Zukunft, das nicht an kleinkariertem Ressortstreit oder an den Einflüssen der Machtspiele von Kapital- und Wirtschaftsinteressen scheitern darf, sondern endlich umgesetzt werden muss", verlangte DNR-Präsident Hubert Weinzierl.

Die Bundesrepublik Deutschland ist infolge Ressortstreitigkeiten und unter dem vielfältigen Druck der Energielobby und der Elektrizitätsmafia bis heute nicht in der Lage ein Gesamtenergiekonzept aufzuweisen. Dies ist vor dem Hintergrund des Atomausstiegs-Szenarios untragbar und unglaubwürdig. Es wäre auch unredlich zu glauben, man könne die derzeitigen Energieorgien dadurch fortsetzen, dass diese von anderen Energieträgern übernommen werden, zumal der Atomstrom nach wie vor maßlos subventioniert wird und die Endlagerfrage ungelöst ist. Es darf daher darüber nachgedacht werden, ob es nicht doch sinnvoller wäre die Energie- und Klimakompetenzen in einem Ministerium zusammenzufassen.
Zukunftsfähige Energiepolitik muss bei der größten Energiequelle, dem Energiesparen

und der Energieeffizienz – Beispiel Wärmedämmung und Bausanierung – ansetzen und sie darf sich auch nicht um noch so unpopuläre Instrumente wie die Fortsetzung der Ökosteuer im Kraftverkehrsbereich herumdrücken.
Die wesentlichen energiepolitisch bedeutenden Handlungsfelder bis 2020 sind wie folgt:
„Die Ökosteuer ist mit höheren Steuersätzen weiterzuentwickeln und die Begünstigung der Industrie schrittweise abzubauen. Kohle und Kernbrennstoff sind bei der Stromerzeugung genauso zu besteuern wie Erdgas und Heizöl. Kerosin im Flugverkehr ist endlich zu besteuern“, sagte DNR-Generalsekretär Helmut Röscheisen.
Beim Emissionshandel sind für die nächsten Handelsperioden sehr viel weitergehende Begrenzungen der CO2-Emissionen vorzusehen. Sie müssen sich an einer 40%igen Reduzierung der Treibhausgase bis 2020 orientieren. Überfällig ist ein Kurswechsel bei der Energieforschung. Die bisher bei der Energieforschung auf den nuklearen Bereich entfallenden 70% der Budgetmittel des Bundes müssen zukünftig für Energieeinsparung und erneuerbare Energien zur Verfügung stehen.
Im Bereich der Energieversorgung muss die Bundesregierung der oligopolitischen Struktur der Energiekonzerne entgegentreten und die Transportnetze eigentumsrechtlich ausgliedern.
„Bei der Atomenergie ist die Subventionspraxis endlich energisch zu beenden und die derzeit 35 Milliarden Euro Entsorgungsrückstellungen der Atomkraftbetreiber müssen in öffentliche Fonds eingezahlt werden. Spätestens ab 2012 ist die Subventionierung des deutschen Steinkohlebergbaus zu beenden. Der Braunkohleabbau ist schrittweise zu vermindern und spätestens in 30 Jahren zu stoppen“; forderte Prof. Klaus Traube, der energiepolitische Berater des DNR.
Eine große Herausforderung besteht darin, den veralteten Kraftwerksbau in Deutschland weitestgehend durch dezentrale, vorwiegend erdgasbefeuerte KWK-Anlagen zu ersetzen. So ist der bisherige Anteil der KWK an der Stromerzeugung von 11% bis 2010 zu verdoppeln. Ein Zubau von Großkraftwerken auf Steinkohlebasis sollte unterbleiben. Im rheinischen Braunkohlerevier besteht noch ein begrenzter Erneuerungsbedarf.
Die Umweltverbände unterstützen die Zielsetzung der Bundesregierung bei den erneuerbaren Energien, deren Anteil an der Stromversorgung bis 2020 auf mindestens 20% zu erhöhen.
Mittelfristig liegt das bedeutendste Einsparpotential bei der Energienachfrage.
So sind die Anforderungen der Energiesparverordnung für Neubauten am Standard von Passivhäusern zu orientieren und die Ausnahmen für elektrische Heizung und die Warmwasserbereitung von Einsparungsanforderungen zu beenden. Ein Energiepass ist auch für Altgebäude vorzusehen. Für Haushaltsgeräte und die Heim- und Büroelektronik sind strenge Energieverbräuche vorzuschreiben, ebenso für die Lüftungs- , Klima- und Beleuchtungstechnik. Große Energieeinsparungen sind auch beim Verkehr zu erreichen, vor allem durch die Erhöhung der Steuer auf Kraftstoffe, eine wirksame LKW-Maut und die Aufhebung der Mehrwertsteuerbefreiung bei Flügen in EU-Ländern.

weitere Informationen:
Helmut Röscheisen, DNR-Generalsekretär. Tel.:0228 359005/ 0160/97209108

Bücherecke

Zusammenstellung von Marko Ferst und Petra Beck

Franz Fitzke
Die neue Power. Erneuerbare Energien in Europa
Bis zum Jahr 2010 will die Europäische Union den Anteil der erneuerbaren Energien an der Stromversorgung auf 12 Prozent erhöhen. Dann soll es rasant weitergehen: bis zum Jahr 2050, so verlauten jüngste Studien aus Deutschland, kann ein Anteil von 50 Prozent erreicht werden. Wie könnte diese Jahrhundertaufgabe verwirklicht werden? In einer einzigartigen Reise durch Europa zeichnet Die neue Power ein präzises Bild von der bahnbrechenden Möglichkeit neuer und unerschöpflicher Energie aus Biomasse, Wind, Geothermie, Wasser und Sonne. Unternehmer Bene Müller und Wissenschaftler Martin Hoppe-Kilpper sind die Leitfiguren für Die neue Power. Hermann Scheer, Träger des alternativen Power Nobelpreises, analysiert in einem messerscharfen Statement die Gründe für die Widerstände gegen die Energiewende. Doch erstmalig zeigt ein Film nicht nur das vollständige Potential der erneuerbaren Energien, sondern auch die Notwendigkeit und Machbarkeit ihrer Vernetzung. Das überraschende Ergebnis: Die

realen Möglichkeiten einer solaren Vollversorgung reichen von der regionalen bis hin zu einer transeuropäischen Ebene. (Marko Ferst)
DVD 2004, 52 min, 27€, Bestellung: Tel. 074629 23920-0, Web: www.fechnermedia.de

Rainer Funk
Ich und Wir. Eine erste Psychoanalyse des postmodernen Charakters
Der neue Persönlichkeitstyp unseres postmodernen Zeitalters ist der Ich-Orientierte. Selbstbestimmt und frei von allen Vorgaben erzeugt er seine eigene Wirklichkeit, anstatt sich der gegebenen, oft bedrückenden Realität auszuliefern. Aber wie sieht es in seinem Innersten aus? Welche Bedürfnisse, Triebe, Sehnsüchte, Träume hat er, und erlaubt sein postmoderner Lebensstil ihre Befriedigung? Die Merkmale sowie die Auswirkungen der postmodernen Ich-Orientierung zeigt der Psychoanalytiker Dr. Rainer Funke kenntnisreich, profund und gut nachvollziehbar. (Marko Ferst)
dtv 2005, 258 S., 15€

Sandra Thieme
Perspektiven ökologisch-nachhaltiger Entwicklung. Zur Aktualität utopischen Denkens
Können wir uns Utopien eigentlich leisten? In der Politik ist stets von knappen Kassen die Rede: soziale und ökologische Standards sind angeblich zu teuer. Sandra Thieme beschäftigt sich im vorliegenden Buch mit verschiedenen gesellschaftlichen Visionen (u. a. Hermann Scheers „Solare Weltwirtschaft“ und Ernest Callenbachs „Ökotopia“, Robert Havemanns „Morgen“), die genau dies bestreiten. Sie halten eine gerechte und zugleich naturverträgliche Welt für möglich. Wie aber kann eine solche Gesellschaft beschaffen sein? Wie funktioniert sie? Leben in ihr Menschen, die auch Schwächen haben? Dieses Buch widmet sich diesen Fragen und enthält die hoffnungsvolle Botschaft: Zukunft ist gestaltbar. Utopien öffnen uns den Blick für vorhandene Spielräume. (Marko Ferst)
Schriftenreihe der Rosa-Luxemburg-Stiftung Brandenburg e. V. 2004, 227 S., 20 € , Bestellung: RLS, Dortustr. 53, 14467 Potsdam, Tel.: 0331 8170432, Mail. LuxemBBG@t.-online.de

Hermann Scheer
Die Politiker
Politik, im richtigen Sinne des Begriffs, ist gesellschaftliche Existenzbedingung. Ohne Politiker keine Politik. Es ist ein Alarmsignal für Gesellschaften, wenn Politik zum Unwort geworden ist und Politiker zum Schimpfwort. Die Erfahrung oder zumindest Wahrnehmung, dass das gesellschaftliche Mandat der „Politik" von den „Politikern" nicht mehr konstruktiv praktiziert wird, hat zu einem dramatischen Vertrauensverlust in beide geführt. Wenn sich soziale und wirtschaftliche Existenzgefahren zuspitzen und Wähler den gewählten Volksvertretern und Parteien deren Lösung nicht mehr zutrauen, droht ein Verfall demokratischer Verfassungsstaaten. Hermann Scheer, aktiver Politiker, Wissenschaftler und „praktischer Visionär", untersucht in diesem Buch die Grundbedingungen politischen Handelns, die derzeitige Verfassung unserer politischen Institutionen und ihrer Akteure - und die Vorstellungen, die wir uns von ihnen machen. (Marko Ferst)
Kunstmann Verlag 2003, 240 S., 19,90 €

Sabine Voigt
Essen – sicher und gesund? Verbraucherschutz und Lebensmittelsicherheit
„ Ich esse für mein Leben gern „ habe ich erst vor kurzem in einem Livegedenkkonzert von Angelika Mann und Reinhard Lakomy gehört und inbrünstig mitgesungen, denn das kann ich wohl gut und gerne auch für meine Person behaupten. Aber nach der zugegebenen etwas anstrengenden Lektüre dieser Studie von Sabine Voigt stellt sich natürlich auch für mich die Frage immer wieder neu, was esse ich denn da so gern? Als ökologisch interessierte Frau waren mir die Probleme und Fakten, die Sabine Voigt im Auftrag der Fraktion der Vereinten Europäischen Linken /Nordische Grüne Linke im Europäischen Parlament zusammentrug, sicherlich nicht neu. Aber diese komprimierte Darstellung der immer stärker werdenden Macht der Ernährungsindustrie und des Lobbyismus in den Parlamenten ist doch schon eine schwer verdauliche (um in der Sprache des Essens zu bleiben) Angelegenheit. Sabine Voigt als eine profunde Kennerin sowohl der Landwirtschaft als auch der praktischen Arbeit in den Parlamenten zieht hier einen Bogen von der Herstellung der „Lebensmittel“ einschließlich deren Qualität bis zu den gesetzlichen Bestimmungen auf dem hart umkämpften Markt in der Welt. Besonders erschreckend und alarmierend waren die Kapitel, in denen Sabine Voigt auflistet, welche Zusatzstoffe bzw. Gifte unsere „Lebensmittel“ enthalten. Dem Leser wird deutlich, das man in einer normalen Kaufhalle wohl nichts zu kaufen bekommt, das nicht mit irgendwelchen Zusatzstoffen belastet ist und dabei alles im Rahmen der doch so hoch gepriesenen gesetzlichen Bestimmungen bleibt. Was sich da alles Schokolade nennen darf und welche Auswirkungen das auf die Kakaobohnen anbauende Bauern hat, ist nur eines von vielen Beispielen.
In Gesprächen mit Freunden diskutieren wir über solche Probleme, und nicht selten höre

ich dabei die Auffassung, ich will das alles gar nicht wissen oder ich kann nichts ändern. Ich denke , für politisch interessierte und agierende Leute ist dieses Buch eine gute Grundlage, um einen Überblick zu diesem Themenkomplex zu bekommen. Mindestens ab der Ebene Kreistag sollte diese Studie als Nachschlagewerk für unsere Parlamentarier vorhanden sein und für Landtagsabgeordnete würde ich es als Pflichtlektüre anmahnen.
Für mich persönlich ist klar, das ich noch viel, viel mehr als bisher darauf achten will, welche Lebensmittel ich einkaufe. Schon länger praktizieren wir zu Hause weniger ist mehr und achten sehr auf Qualität. Jedoch glaube ich nicht, das die Verbraucher gut - um nicht zu sagen überhaupt ausreichend - informiert sind, was sie so Tag für Tag zu sich nehmen. Deshalb werden wir uns auch in der Ökologischen Plattform verstärkt mit diesem Thema auseinander setzen müssen. Ein erster Anfang wird unsere KoRats-sitzung im April im ZEGG in Belzig sein, um dort neue, alternative Lebensweisen kennenzulernen. (Petra Beck)
VSA-Verlag Hamburg 2003, ISBN 3-87975-054-9

Termine

Zusammenstellung von Marko Ferst

13.02.2005
Umweltkonferenz 2005 - (Nichts) Neues in Sachen Ökologie?
Veranstalter: Bundestagsfraktion Bündnis 90/Die Grünen
Berlin, Freie Waldorfschule Kreuzberg
Anmeldung: Dr. Reinhard Loske (MdB), Tel.: 030 22771647, Mail: reinhard.loske@wk2.bundestag.de

17. - 18.022005
7. EUROSOLAR-Konferenz - Der Land- und Forstwirt als Energiewirt
Veranstalter: EUROSOLAR e. V.
Bonn, Kunstmuseum
Anmeldung: Tel.: 0228 362373, Mail: info@eurosolar.org, Web: http://www.eurosolar.org

22.02.2005
Die Ideen für einen Berliner Frühling in der DDR. Ökologische und soziale Reformkonzepte von Havemann und Bahro
Vortrag und Diskussion mit Marko Ferst, Moderation Stefan Bollinger
10437 Berlin, Kopenhagener Str. 9, Helle Panke, 19 Uhr

Wir selbst müssen die Veränderung sein,
die wir in der Welt sehen wollen.
Mahatma Gandhi

Wir haben gelernt, wie die Vögel zu fliegen, wie die Fische zu schwimmen; doch wir haben die einfache Kunst verlernt, wie Brüder zu leben.
Martin Luther King

Man muss das Unmögliche so lange anschauen, bis es eine leichet Angelegenheit wird. Das Wunder ist eine Frage des Trainings.
Albert Einstein

Impressum für die „tarantel"

Herausgeber: SprecherInnenrat der Ökologischen Plattform bei der PDS, Kleine Alexanderstr 28, 10178 Berlin, oekoplattform@web.de

Die „tarantel" ist über die Homepage www.pds-online.de verfügbar. Einige ältere Ausgaben sind auch unter: www.oekologische-plattform.de abrufbar.
Ältere Papierausgaben der „tarantel" können, so weit vorhanden, bestellt werden (Bundesebene).

Kontaktadressen

Bundesebene
Ökologische Plattform
Kleine Alexanderstr. 28, 10178 Berlin, oekoplattform @pds-online.de, www.oekologische-plattform. de,
Manfred Wolf, Tel. 030/2411127,
manfredwolfberlin@web.de

BAG Umwelt, Energie, Verkehr
Sprecher: Prof. Dr. Wolfgang Methling, Schloßstr. 6-8, 19053 Schwerin, Tel. +49-(0)385-5888000, wolfgang.methling@um.mv-regierung.de

Bayern
PDS, Eva Bulling-Schröter, Schwanthaler Str. 139, 80339 München, Tel. 089/51086092, Fax 089/51086093, info@pds-bayern.de, info@bulling-schroeter

Berlin
Delia Hinz, MdA, umweltpolitische Sprecherin der PDS-Fraktion, Niederkirchnerstr. 5, 10111 Berlin, Tel. 030/23252594, Fax 23252539, Delia.Hinz@pds.parlament-berlin.de
Roland Schnell, Rudolfstr. 13, 10245 Berlin, Tel. 030/29449803, Fax 030/29449804, biogas-de@aol.com

Brandenburg
AG Umwelt der PDS Brandenburg
Sprecherin: Dr. Annemarie Kersten, Kiezstr. 35a, 14547 Wittbrietzen, Tel./Fax 033204/34842, annemariekersten@web.de
Karin Lück, Französische Str.5a, 15374 Müncheberg, Tel. 033432/70036, k!ueck@yahoo.de
Dr. Dagmar Enkelmann, MdL, BürgerInnenbüro Brauerstr. 8-10, 16321 Bernau, Tel. 03338/459543, wkb-d.enkelmann@t-online.de
Carolin Steinmetzer, MdL, umweltpolitische Sprecherin, PDS-Landtagsfraktion, Am Havelblick 8, 14473 Potsdam, csteinmetzer@aol.com
Interessengemeinschaft Dritter Weg, Haus der Volkssolidarität, Wehrstr., 01968 Senftenberg, Tel. 03573/80234, Fax 80230
Peter Ligner, Wensickendorfer Weg 11 16547 Birkenwerder, Tel. 03303/503660, Fax 503659, P.Ligner@t-online.de (Lokale Agenda 21, Berlin/Brandenburg, Runder Tisch Nachhaltiges Berlin/Brandenburg)
Erika Schulz, Dorfkern 5c, 16515 Hohenbruch, Tel. 033051/25709. erika-schulz@t-online.de
Marko Ferst, Köpenicker Str. 11, 15537 Gosen, Tel. 03362/882986, marko@ferst.de (Mitglied im Koordinierungsrat der ÖPF), www.umweltdebatte.de

Hamburg
Joachim Täubler, Budapester Str. 31, 20359 Hamburg, sand-hh@web.de (SAND-Systemoppositionelle Atomkraft Nein Danke Gruppe Hamburg), www.nadir.org/sand

Hessen
Ökologische Plattform Hessen
Hajo Zeller, Weidenhäuser Str. 78/80, 35037 Marburg Tel. 06421/163873, Hajo.Zeller@web.de
Claudia Fittkow, Im Flatich 3, 34132 Kassel, Tel. 0561/9402573. ClaudiaFittkow@t-online.de

Mecklenburg-Vorpommern
Birgit Schwebs, umweit-, verkehrs- und energiepolitische Sprecherin der PDS-Fraktion, PDS-Fraktion, Lennestr.1,19053 Schwerin, Tel. 038203/63519, PDS.Landtag-MV.de

Niedersachsen
Ökologische Plattform Niedersachsen
Eckehard Jänicke, Elisenstr. 40, 30451 Hannover, Tel. 0511/9245911

Sachsen
ADELE - ökologische Plattform Sachsen
Sabine Kunze, Jahnstr. 1, 02929 Rothenburg, Tel. 035891/35290, an-sa-kunze@t-online.de
Michael-Alexander Lauter, Schrammsteinstr. 9, 04207 Leipzig, Tel. 0341/9424882, im.lauter@pimacom.net
Dr. Reinhard Natke, Mosenstr. 6, 01309 Dresden, Tel. 0174/98484127, drnatke@web.de

Sachsen-Anhalt
AG Umwelt Sachsen-Anhalt
Frigga Schlüter-Gerboth, Ernst-Haeckel-Str. 5, 06122 Hall, Tel. 0345/29418-63, Fax-64

Thüringen
Tilo Kummer (umweltpolitischer Sprecher der PDS-Fraktion), Arnstädter Str. 51, 99096 Erfurt, Tel. 0361-3772317, kummer@pds-fraktion-thueringen.de

linke und ökologische Medien

Tageszeitung „Neues Deutschland"
(verantwortlich für die Umweltseite) Jörg Staude, Alt Stralau 1-2, 10245 Berlin, Tel. 030/29390786, wiso@nd.online.de
Rabe Ralf, Umweltzeitung für Berlin und Brandenburg, Prenzlauer Allee 230, 10405 Berlin, Tel. 030/44339147

(Veränderungen und Ergänzungen bei den Adressen bitte an den Bundeskontakt melden.)
Spenden für die „tarantel" und ÖPF: Berliner Bank AG, BLZ 10020000, Konto 4384840000, C.VWZ-831.141 Ökologische Plattform